



aktuell

Monatszeitschrift des OGB♦L - Januar 2002 - N°1



Tagungen der
OGB♦L-Exekutive
page 6



Euro-Manif à Bruxelles - page 32

Sommaire

Inhalt

4



Editorial

2002 : Ein schweres Jahr?

8



Index

Schon wieder Abschaffung?

10



AMMD

Eine neue Offensive der Ärzte

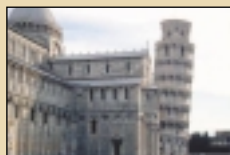
13



Stahltripartite

Die Mobilisierung hat sich gelohnt!

14



PISA-Studie 2000

Notwendigkeit einer wirklichen Bildungsoffensive

19



Transports de fonds

Il faut légiférer en la matière !

28



Paramètres sociaux

Montants en euros

30



Point de vue

Soziale Umverteilung und kontinuierliche Lohnpolitik sind gerade jetzt notwendig!



1

"AKTUELL/Actuel" -Produktion So entsteht ihre Zeitung

Von der Redaktionskonferenz bis zum Postversand: Überarbeitung der Manuskripte, Recherchen, kreative Gestaltung und Hektik bis zum Schluss. Das ist unser Redaktionsalltag.

In der Redaktionskonferenz wird der Aufbau des nächsten Heftes besprochen. Der geschäftsführende Vorstand gibt die Themen vor, die Chefredakteurin diskutiert anschließend mit ihren Mitarbeitern Maguy Baasch (Assistenz) und James Vallad (graphische Gestaltung und Photos) die Inhalte und Illustrationen.



5

Nachdem das Text- und Bildmaterial nun technisch aufbereitet ist, wirft das Team gemeinsam einen letzten Blick auf die fertigen Seiten. Noch können Änderungen vorgenommen werden.

Eine CD mit den Daten wird in der Pre-Press Abteilung der neuen Druckhalle der Techprint in Esch/Lankelz bearbeitet. Ab nun ist die Ausgabe gelaufen.



6

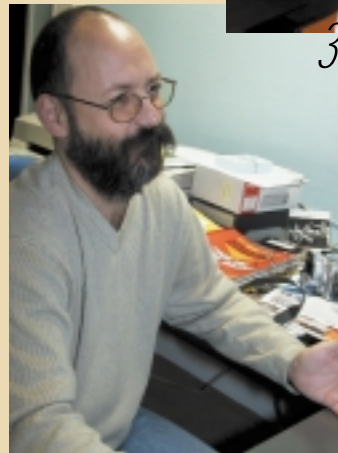


Jetzt dreht die hochmoderne Rotative auf Hochtouren. Nach knapp 5 Stunden ist ihre Zeitung fertig.

Wenn die ersten Texte eintreffen, müssen diese überarbeitet und verbessert werden. Die Chefredakteurin Chantal Boly überlegt sich Vorspann, Titel und Bildtexte.



2



3

James Vallad entwirft am Computerbildschirm mit Hilfe des Graphik-Programmes Quark XPress die Seiten der nächsten Ausgabe.



4

Verbesserungen und nochmals Verbesserungen; oft genug zwingen aktuelle Ereignisse zu hektischen Umplanungen. Maguy Baasch behält die Ruhe und kontrolliert sorgfältig die ersten Ausdrücke.



8

Nun werden die rund 55.000 Zeitungen nach einer Liste, die Albert Hirtz in der EDV-Abteilung monatlich zusammenstellen lässt, auf die verschiedenen Postbüros verteilt. Und wenn alles geklappt hat, finden sie jeweils am letzten Freitag des Monats die aktuelle Ausgabe in ihrem Briefkasten.

2002 : *Ein schweres Jahr ?*

Der Euro ist Realität geworden und damit wurde auch der sogenannte "point of no return" erreicht, was die europäische Konstruktion anbelangt. Die gemeinsame Währung der bislang über 300 Millionen Europäer bietet mehr Chancen als Risiken, aber es gilt die Erwartungen aller Europäer auf allen Gebieten zu erfüllen. Die EU ist kein Selbstzweck, sondern muss den Menschen und ihrem Wohlbefinden dienen. Dies gilt für die EU von heute, die erweiterte EU und die damit verbundenen Hoffnungen von zig Millionen Menschen.

100 000 Manifestanten in Brüssel

Machtvoll und friedlich zugleich, verlief die vom EGB (Europäischer Gewerkschaftsbund) organisierte Massendemonstration im Dezember vergangenen Jahres. Sie setzte einmal mehr die richtigen sozialen Akzente und prangerte das Defizit an sozialem Denken und Handeln beim Auf- und Ausbau Europas an. Jeder Bürger der heutigen und zukünftigen EU muss über genügend Euros verfügen, um nicht in die Ausgrenzung zu geraten oder um wieder aus ihr herauszukommen. Dies erfordert die resolute Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, der Armut und verlangt, dass die bestehenden Sozialversicherungssysteme erhalten und dort wo es sie nicht oder nur ansatzweise gibt, auf den höchsten Standard zu bringen.

Natürlich soll Europa auch demokratischer

werden. Politisch aber auch wirtschaftlich. Die politische und wirtschaftliche Demokratie gehören zu den Grundrechten der Menschen und müssen darum in einer europäischen Verfassung verbindlich fest geschrieben werden.

2002 fängt gut an

Die ersten Wochen des neuen Jahres sind, bei uns, bereits geprägt von wichtigen Entscheidungen und gefährlichen Ankündigungen.

Der Initiative des OGB♦L ist es zu verdanken, dass der Heizkostenzuschuss nun doch - und in verbesserter Form - weitergeführt wird! Den Gewerkschaften steht das Verdienst zu, dass die Stahltripartite vom 9. Januar 2002 endlich klare Beschlüsse im Interesse der Stahlbelegschaften und des Stahlstandortes getroffen hat. Dies Dank des Aktionstages vom 21. November 2001 und dem angekündigten Generalstreik vom 1. Februar 2002. "L'Union fait la force" und daraus sollten die richtigen Lehren auf der Gewerkschaftsseite gezogen werden.

Weniger erfreulich, der erneute Angriff auf die Indexanpassung unserer Einkommen. Der OGB♦L hat als einzige Organisation direkt und in aller Klarheit und Schärfe reagiert. Die Indexregelung von heute ist ein absolutes Minimum und darf nicht angetastet werden! Die gleiche Reaktion des OGB♦L auf den Versuch der Ärzte, eine (Teil)-Dekonventionierung anzusteuern. Bedauerlich die Haltung des Sozial- und Gesundheitsministers. Für den OGB♦L ist es eine Prinzipienfrage, weil damit die



John Castegnaro
Präsident

Chancengleichheit aller Bürger bei der Gesundheitsbetreuung einher geht. Eine (Teil)-Dekonventionierung bedeutet Zwei-Klassenmedizin, Verteuerung der Medizin und Vorschub für private Zusatzversicherungen, verbunden mit dem Risiko der Zerschlagung unseres bewährten Sozialversicherungssystems. Auch dazu sagt der OGB♦L ein klares NEIN! Schlussendlich kündigt der Staatsminister eine Debatte über Lohnmoderation an ...

Wirtschafts- entwicklung und Arbeitsmarkt

Es ist gewusst, dass die Wirtschaft allgemein langsamer dreht, obwohl sich der Wachstum in Luxemburg auf einem doch relativ hohen Niveau eingependelt hat.

Panikmache ist fehl am Platz. Die Arbeitslosigkeit steigt zwar sichtbar an, aber auch die Beschäftigungszahlen sind im Aufwärtstrend. Transparenz in den Statistiken ist daher dringend notwendig, um zu verhindern, dass falsche Schlussfolgerungen gezogen oder dass überreagiert wird. Die 733 Konkurse im Jahr 2001 und der Verlust von 1.669 Arbeitsplätzen (wovon auch 1.054 Grenzgänger betroffen waren), hat die vom OGB♦L seit langem angekündigte Katastrophe bestätigt und verlangt endlich politisches Handeln.

Bedauerlich die Angriffe auf die sogenannten Beschäftigungsinitiativen. Der vom OGB♦L gegründete "Objectif Plein Emploi" und unsere Partner die ASJ (Action Sociale pour Jeunes) haben in den vergangenen Jahren rund 4.000 Menschen Arbeit und Ausbildung ermöglicht. Dies als Denkanstoss für all jene,

die nur an ihr eigenes Wohl und ihren Gewinn denken, anstatt an Arbeit für alle.

25 Jahre Tripartite

Im Jahre 1977 wurde sie per Gesetz geschaffen, nachdem 1976 der LAV (der heutige OGB♦L), die CGT und anschließend alle Gewerkschaften dieses Instrument als eine Offensive gegen die Massenarbeitslosigkeit forderten. Ein "Aktionsplan für Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung" wurde in einem Dreier-Gremium ausgearbeitet. Er diente als Basis für das am 24. Dezember 1977 verabschiedete Gesetz, welches das Koordinationskomitee der Tripartite schuf und die legale Basis legte für die Umsetzung der Offensive für Wachstum und Vollbeschäftigung. Das "Luxemburger Modell" war geboren.

Starker OGB♦L

Noch nie war eine Gewerkschaft so stark wie der OGB♦L. Mit über 51 000 Mitgliedern, einem Mitarbeiterstab von 72 Beschäftigten, sind wir überall präsent. Unsere Professionalität garantiert gute Gewerkschaftsarbeit. Der OGB♦L, eine "force tranquille", die ihre Verantwortung kennt und sie übernimmt. Ohne Populismus, aber in voller Solidarität im Interesse des Landes, seiner Mitglieder und aller Menschen, die hier leben und arbeiten. Eine starke Gewerkschaft.

Tagungen der OGB♦L-E

EU-Gipfel und PISA-Studie: eine Herausforderung

In ihrer letzten Sitzung des Jahres, befasste sich die OGB♦L Exekutive erneut mit aktuellen sozialpolitischen Themen und der Situation in den Betrieben.

Gegen eine Liberalisierung des Brotpreises

Die OGB♦L-Exekutive lehnt strikt jeden Versuch einer Liberalisierung des Brotpreises ("pain de ménage") ab, da Brot zu den Grundnahrungsmitteln gehört und deren Preis keinesfalls den Regeln des freien Marktes unterworfen werden darf. Da das Abschaffen eines reglementierten Preises eine weit greifende, politische Entscheidung wäre, fordert die Exekutive den Wirtschaftsminister auf, Farbe zu bekennen.

Die PISA-Studie unterstreicht den dringenden Handlungsbedarf

Im weiteren Verlauf ihrer Sitzung hat die OGB♦L-Exekutive die Resultate der PISA-Studie in Luxemburg eingehend analysiert und festgestellt, dass die bereits am 13. Oktober 1998 im OGB♦L-Forderungspapier "Eine Bildungsoffensive für Luxemburg" gemachten kritischen Bemerkungen bestätigt und untermauert werden. Die Exekutive warnt jedoch davor, das negative Abschneiden Luxemburgs und die Aufregung in den betroffenen Kreisen zu einem parteipolitischen Schlagabtausch zu missbrauchen.

Bei einer nüchternen Beurteilung fallen insbesondere die flagranten Unterschiede in den Leistungen der Schüler, je nach deren sozio-ökonomischem Umfeld sowie die besonderen Schwierigkeiten der Nicht-Luxemburger Kinder auf. So tragen Einkommen, soziale Stellung und kulturelles Umfeld der Familie wesentlich zum besseren Abschneiden der Schüler bei. Zur Behebung dieser diskriminatorischen Schiefelage und zur Sicherstellung der Chancengleichheit, fordert die OGB♦L Exekutive eine starke öffentliche Schule, die die Möglichkeit bieten muss, die sozialen und kulturellen Ungleichheiten sowie die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern zu kompensieren.

In den kommenden Wochen wird auf Anfrage des OGB♦L eine Unterredung mit der Unterrichtsministerin Anne Brasseur stattfinden.

Der EU-Gipfel von Laeken: Teilerfolg für die Gewerkschaften

Die OGB♦L-Exekutive wertet die gewerkschaftliche Manifestation für ein sozialeres und demokratischeres Europa vom 6. Dezember 2001 in Laeken als einen vollen Erfolg, auch wenn auf sozialem Plan kein Durchbruch erreicht werden konnte. Die große Solidarität innerhalb der europäischen Arbeitnehmerschaft, der gewerkschaftliche Druck, der von

den über 100.000 Demonstranten ausging, dürfte aber ausschlaggebend gewesen sein für die Aufnahme von Gewerkschaftsvertretern im neu gegründeten europäischen Zukunftskonvent, der in einem zeitlich begrenztem Rahmen, u.a. die Weichen für eine europäische Verfassung stellen wird. Die Exekutive begrüßt die Beteiligung der Gewerkschaften an den Diskussionen, insbesondere im Licht der EU-Erweiterung und der Festigung des europäischen Sozialdialogs und hofft, dass hierdurch die nötigen Akzente im sozialen Bereich gesetzt werden können.

Weitere Punkte der Tagesordnung

umfassten die Diskussion um die Dekonventionierung der Ärzte, die gewerkschaftlichen Mitbestimmungsrechte im Rahmen



Exekutive

Sich den Herausforderungen stellen

In ihrer ersten Sitzung des neuen Jahres am 14. Januar 2002, befasste sich die OGB♦L Exekutive wie gewohnt mit aktuellen sozialpolitischen Themen und der Lage in den Betrieben.

Heizkostenzuschuss: ein Erfolg des OGB♦L

Die Exekutive begrüßt ausdrücklich, dass der Heizkostenzuschuss, auf die OGB♦L Initiative vom 28. Dezember 2001 hin, nun doch verlängert wird und über 5.000 kleinen Einkommensbeziehern auch im neuen Jahr zu gute kommen wird. Der Brief des OGB♦L an die Familienministerin löste eine prompte Reaktion der Regierung aus, die ihren Vergesser sofort beheben konnte.

Stahltripartite: Aufrechterhaltung und Ausbau des Tripartite-Modells

Des Weiteren nahm die Exekutive zustimmend das Resultat der Stahltripartite vom 9. Januar 2002 zur Kenntnis. Wenn auch der Gewerkschaftskatalog, der insgesamt 12 Punkte beinhaltete, fast vollständig realisiert werden konnte und das "Luxemburger Modell" angepasst und in neuer Form sowohl in der Arbed als auch im Rahmen der Arcelor weitergeführt werden kann, wird der OGB♦L dennoch die Entwicklung des neuen Stahlkonzerns und die Zukunft seiner Belegschaften wachsam verfolgen.

Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, Konkurse, Index

Mit Besorgnis nimmt die Exekutive Kenntnis von der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und den steigenden Arbeitslosenzahlen. In diesem Zusammenhang bedauert der OGB♦L insbesondere die weiterhin ansteigende Zahl von Konkursen. Von den zum 31.12.2001 festgestellten 733 Betriebsschließungen weisen eine ganze Reihe klare Indizien für ein illegales Verhalten auf. Der OGB♦L stellt daher einmal mehr akuten Handlungsbedarf in Sachen "Faillites" fest und kommt nicht umhin festzustellen, dass es bislang am politischen Willen fehlte, um bestehende Gesetze und Reglements so zu ändern, dass Fehlentwicklungen endlich ausgemerzt werden können.

Als peinlich bewertet die OGB♦L Exekutive die Aussagen des FEDIL-Direktors, der wieder einmal die Abschaffung oder zumindest die

totale Verstümmelung des bestehenden Index-Systems fordert.

Dekonventionierung = 2-Klassen-Medizin

Genauso heftig verwirft die OGB♦L Exekutive den erneuten Vorstoss der Ärzte, die, neuerdings mit der Unterstützung des Sozialministers, eine Teildekonventionierung fordern. Sollte dem Anliegen der Ärzte Rechnung getragen werden, würde hierdurch automatisch eine 2-Klassen-Medizin geschaffen, gegen die der OGB♦L sich seit Jahren ausdrücklich ausspricht, da sie das Prinzip des gleichberechtigten Zuganges aller Versicherten zur medizinischen Versorgung in Frage stellt.

Liberalisierung des Brotpreises: Was denn nun?

Aufgrund der derzeitigen Unklarheit in Sachen Liberalisierung des Brotpreises, hat der OGB♦L in einem Brief an den Wirtschafts- und Mittelstandsminister Aufschluss über die rezente Entwicklung verlangt.

51.016 Mitglieder zum 31.12.2001

Abschließend stellt die Exekutive fest, dass sich der Mitgliederstand zum 31.12.2001, mit 5.628 Bruttoaufnahmen (unter ihnen ca. 1.500 ACAL-Berufsfahrer, die 2001 zum OGB♦L dazu gestossen sind), auf 51.016 beläuft. Zur Betreuung dieser



Unterredung des OGB♦L mit der Fédération des Artisans

Breiter Meinungsaustausch über die Situation im Handwerk

Am 19. Dezember 2001 fand eine Unterredung einer OGB♦L-Delegation angeführt von Nationalpräsident John Castegnaro und weiter bestehend aus Generalsekretär Jean-Claude Reding, den Mitgliedern des Geschäftsführenden Vorstandes Marie-Thérèse Sannipoli und Romain Binsfeld, dem zuständigen Gewerkschaftssekretär für das Bauhandwerk Alex Teotonio, sowie Pressereferentin Chantal Boly mit Vertretern der Fédération des Artisans statt.

In der dreistündigen Diskussion zwischen der OGB♦L Delegation und den Vertretern der Handwerkerföderation Romain Schmit, Jean-Paul Scheuren und Patrick Koehnen wurden aktuelle Probleme auf nationalem und internationalem Plan beleuchtet.

Übereinstimmung besteht in Bezug auf die Wichtigkeit des bilateralen Dialogs im Sinne einer zukunftsorientierten Politik des Landes. Beide Organisationen waren sich einig, dass die Reform des Kollektivvertragsgesetzes, die Notwendigkeit von Mantelverträgen für das Handwerk, die Suche nach neuen Wegen bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Festigung des Sozialdialogs, sowie die Bekämpfung der Konkurse, Themen sind, die in einem gemeinsamen, kritischen und übereinstimmenden Dialog im Interesse der Arbeitnehmer gelöst werden könnten.

In diesem Sinne werden die beiden Organisationen in den kommenden Monaten ihre Konzertierungen

Index

Schon wieder Abschaffung?



In einem Zeitungsinterview gleich zu Beginn des neuen Jahres fordert der Direktor der Industriellenföderation FEDIL, wenn auch indirekt, erneut die Abschaffung der automatischen Lohnanpassung. Direkter hingegen verlangt er zumindest die Herausnahme jener Produkte (z.B. der Ölprodukte) aus dem Warenkorb, die große Preisschwankungen herbeiführen, was im Endeffekt auch einer Neutralisierung oder Liquidierung des Indexes gleich kommt.

Für Luxemburg ist der Index aber gleichbedeutend mit Kaufkraftreicherung. Für den OGB♦L ist er daneben auch ein wichtiges Instrument im Rahmen seiner kontinuierlichen Lohnpolitik, die keine überzogenen Lohnforderungen stellt, sondern lediglich den legitimen Ansprüchen der Arbeitnehmer gerecht wird und den Realitäten der Wirtschaft Rechnung trägt. In diesem Sinn ist die automatische Indexierung auch ein wichtiger Bestandteil des sozialen Frieden.

Die Äußerungen der OECD und anderer europäischer Schreibtischtäter, gehören dagegen in ein Denkschema, das die nationale Bedeutung und die Jahrzehnte alten Spielregeln des Index außer Acht lässt. Dabei ist die Indexregelung in Luxemburg bereits auf ein Minimum reduziert. Jeder weitere Versuch einer Manipulation würde Unruhe bringen und gewerkschaftliche Gegenreaktionen provozieren.

Da im Index-Gesetz bekanntlich sogenannte "clignotants", also Warnleuchten, vorgesehen sind, würden sich, bei ihrem Aufblinken im Zweifelsfall Konzertierungen im Rahmen der Tripartite aufdrängen. Alles andere ist gefährlich und stellt eine Belastung des Sozialdialogs dar.

Der OGB♦L warnt die Arbeitgeber und die Politik auch davor, die Indexdiskussion und die Lohnsteuerreduktion als Argumente im Rahmen der Tarifverhandlungen zu missbrauchen, sondern verlangt, dass sie weiterhin als wesentlicher

Seit Anfang des Jahres (siehe Pressemitteilung vom 22.02.2001) wies der OGB♦L immer wieder auf die Auswirkungen für die von Konkursen betroffenen Arbeitnehmer hin (Verlust des Arbeitsplatzes, Arbeitslosigkeit, Lohnausfall, Zahlungsverzug bei ausstehenden Lohnforderungen, ... usw.) und verlangte dass endlich zusätzliche Garantien bei der Erteilung von Handelsermächtigungen respektive bei Betriebsgründungen verlangt werden (z.B. indem die Vorlage eines Finanzplanes verlangt wird) und dass die entsprechenden Kontrollen verstärkt werden

insbesondere zur Verhinderung von Wirtschaftskriminalität und betrügerischen Bankrotterklärungen. Erwähnt wurden auch immer wieder die Verluste, die für die Sozialversicherung entstehen und die Konsequenzen für die Zulieferer der zahlungsunfähigen Betriebe.

Auf unseren gewerkschaftlichen Druck hin, soll dieses Thema nun endlich in der Januar-Sitzung des Comité Permanent pour l'Emploi behandelt werden.

K O N K U R S E

Konkurse und Scheinfirmen : Kampf angesagt ?

Am letzten Montag, bei seinem Treffen mit der Regierung, hatte der OGB♦L einmal mehr auf die katastrophale Situation im Bereich der Konkurse und der sogenannten Schein- respektive Briefkastenfirmen hingewiesen. Es bestünde akuter Handlungsbedarf, damit Luxemburg endlich seine diesbezügliche " Spitzenreiterrolle " in Europa verliere. Damit würden auch weniger menschliches Leid für die Betroffenen und weniger finanzielle Verluste für die Sozialversicherungen, die Steuerkasse und die Zulieferbetriebe entstehen. Letztere geraten oft eben durch diese Konkurse in schwierige Lagen.

Fast 600 Konkurse im Jahre 2000, rund 1.000 verlorene Arbeitsplätze, bereits über hundert Konkurse bis heute in diesem Jahr, verdeutlichen das Ausmaß dieser Entwicklung. Bei den Scheinfirmen ist es u.a. die Missachtung der arbeitsrechtlichen Bestimmungen und damit ein Höchstmaß an Ausbeutung der betroffenen Arbeitnehmer. Hier sticht besonders der private Straßentransportsektor hervor.

Der OGB♦L begrüßt, dass der Mittelstandsminister im Rahmen des aktualisierten Aktionsplanes diese Missstände endlich bekämpfen will.

Dazu gehören verstärkte Auflagen bei der Genehmigung von Handelsermächtigungen, aber auch verstärkte Kontrollen und bei Missachten der Bestimmungen, erhöhte Strafen.

22.02.2001

Nun 702 Konkurse und 1526 liquidierte Arbeitsplätze

Am 17. Dezember 2001 - und das Jahr ist noch nicht zu Ende - hat die Zahl der Konkurse, wie vom OGB♦L befürchtet, mit dem Erreichen der 700-Grenze, alle Negativrekorde gebrochen. Betroffen sind neuerdings 596 in Luxemburg ansässige Arbeitnehmer sowie 930 Grenzgänger.

Der OGB♦L fordert die Regierung erneut auf, endlich ihre Verantwortung zu übernehmen und der katastrophalen Entwicklung auf gesetzlichem Weg Einhalt zu gebieten.

18.12.2001

Katastrophe bestätigt!

Mit hartnäckiger Regelmässigkeit hatte der OGB♦L in den letzten Jahren und insbesondere im vergangenen Jahr immer wieder auf die besorgniserregende Entwicklung bei den Konkursen hingewiesen.

Die vorläufige Bilanz zum 31.12.2001 bestätigt mit 733 Konkursen und neuerdings 1669 Betroffenen (615 in Luxemburg ansässigen Arbeitnehmern sowie 1.054 Grenzgängern) eindrucksvoll die vom OGB♦L befürchtete katastrophale Dimension.

Obwohl diese Zahlen für sich sprechen, wird dennoch häufig das eigentliche menschliche Drama, das sich dahinter versteckt übersehen, genauso wie die Gefahr, die auf die kleinen und mittleren Zulieferbetriebe lauert, die im Sog der unlauteren Konkurse entweder mit unterzugehen drohen oder viel Geld verlieren.

Die Regierung MUSS nun endlich handeln indem sie ihre Verantwortung übernimmt und der katastrophalen Entwicklung auf gesetzlichem Weg Einhalt gebietet.

7.01.2002

AMMD

Eine neue Offensive der Ärzte

Am 16. Januar tagte endlich die aus der Krankenkassen-Quadripartite hervorgegangene Arbeitsgruppe, die über verschiedene Forderungen der Ärzteschaft beraten soll.

Nach der Sitzung der Arbeitsgruppe, die sich aus Vertretern der Ärzteschaft und der Sozialpartner zusammensetzt, erklärte AMMD-Präsident Joe Wirtz, dass die Ärzte, falls es nicht

zu einer Einigung kommen sollte, die Konvention mit der Krankenkassenunion zum 1. Februar kündigen würden. Ebenso wiederholte er, dass dann mit Aktionen zu rechnen sei, insbesondere mit einem Streik am 1. April.

Genauso klar waren die Aussagen vom OGB♦L Sozialsekretär René Pizzaferrri, der in der Forderung nach

einer Lockerung der Konventionierung, einen Einstieg in die 2-Klassen-Medizin sieht und der erneut unterstrich, dass die Gewerkschaft unter keinen Umständen bereit ist, eine Art Dekonventionierung bei den Krankenkassen hinzunehmen (siehe untenstehende Pressemitteilung).

Hiobsbotschaft zum neuen Jahr

Minister Wagner hat schon wieder Verständnis für die Ärzte

Beim Neujahrsempfang im Gesundheitsministerium überraschte Sozialminister Wagner mit seiner Aussage, die Forderungen der AMMD seien zum Teil berechtigt und er könne sich eine Dekonventionierung ("freiwillige Konventionierung") der Ärzte bei den Krankenkassen vorstellen. Er redet somit jenen Ärzten das Wort, die sich mehr Freiraum wünschen und die noch nicht einmal ihren Beitrag zur Sanierung der Krankenkassen geleistet haben.

Dabei hatten die Gewerkschaften sich bereits am 24. Oktober 2001 anlässlich der Krankenkassen-Quadripartite unisono gegen diesen gefährlichen Vorstoss der Ärzte in Richtung 2-Klassen-Medizin ausgesprochen und sich nichtsdestotrotz bereit erklärt die Anliegen der Ärzte in einer Arbeitsgruppe zu diskutieren.

Diese aus der Quadripartite hervorgegangene Arbeitsgruppe hätte am 9. Januar tagen sollen ... wurde aber in letzter Minute verschoben, weil die Ärzteschaft die notwendigen Arbeitsdokumente bislang nicht zusammengestellt hat. Mehr Fleiss legt die AMMD aber an den Tag, wenn es um Aktionen geht, wurde doch bereits im Dezember ein Warnstreik von einem Tag am 1. April 2002 angekündigt, falls die Forderungen nicht berücksichtigt würden.

Dass die Regierung, wie durch des Ministers Mund kundgetan, nun schon bereit zu sein scheint, in eine Teil- oder integrale Dekonventionierung einzulernen, ist für den OGB♦L umso unverständlicher als dass die Schlussfolgerungen der eingesetzten Arbeitsgruppe aus den obengenannten Gründen noch nicht vorliegen.

Die unverschämte Forderung der AMMD nach einer Dekonventionierung belastet nicht nur das Verhältnis der Versicherten mit den Ärzten, sondern wirft auch die Frage der kostenlosen Nutzung der Infrastrukturen durch die Ärzte in den Krankenhäusern auf, die bekanntlich durch die öffentliche Hand finanziert werden.

Falls die Regierung sich tatsächlich auf den Weg einer freiwilligen Konventionierung begeben sollte, würde nicht nur automatisch eine 2-Klassen-Medizin geschaffen, gegen die der OGB♦L sich seit Jahren ausdrücklich ausspricht, da sie das Prinzip des gleichberechtigten Zuganges aller Versicherten zur Medizin in Frage stellt, sondern würde auch der allgemein beklagte Ärztemangel verschärft werden. Hier besteht nämlich die große Gefahr, dass verschiedene Ärzte versucht sein werden, mit weniger Arbeit - also weniger Patienten - mehr Geld zu verdienen.

Der OGB♦L fordert daher alle jene Mediziner, die sich ihrer großen Verantwortung bewusst sind auf, bei der AMMD darauf hin zu wirken, dass eine Zerschlagung der Jahrzehnte alten Konventionierung als Bestandteil unseres Sozialversicherungssystems, im Interesse der rund 400.000 Versicherten in Luxemburg, vermieden wird.

Allocation de chauffage

Für Aufregung und Überraschung sorgte am 28.12.2001, die Antwort auf die parlamentarische Anfrage eines sozialistischen Abgeordneten, laut der die Heizkostenzulage abgeschafft wäre.

Die Antwort überrascht umso mehr, als sie dem widerspricht, was Staatsminister Jean-Claude Juncker dem OGB♦L in diesem Jahr im Verlauf der Gespräche, die im Rahmen seiner Mobilisierungskampagne stattfanden, zusagte, nämlich, dass die Heizkostenzulage erhöht werden würde.

Da diese kontradiktorischen Aussagen einer schnellen Klärung bedürfen, hat der OGB♦L bei der zuständigen Ministerin interveniert um herauszufinden, ob man schlicht und einfach vergessen hat, die zuständigen Kredite zur Weiterführung der Heizkostenzulage zu beantragen oder ob dies wissentlich passiert ist.

Für den OGB♦L steht fest, das die Heizkostenzulage, trotz anders lautenden Argumenten, weiterhin ihre Berechtigung hat, dies vor allem auch im Sinn, der von ihm geforderten, gerechten Umverteilung. Daher verlangt der OGB♦L, dass die Heizkostenzulage, wie vorgesehen, durch ein grossherzogliches Reglement weitergeführt und selektiv verbessert wird. Denn trotz Steuererleichterungen und Rentenreform geht eine wichtige Kategorie von kleinen und kleinsten Einkommensbeziehern leer aus, und muss auch im neuen Jahr auf die Heizkostenzulage zählen. Würde diese trotz allem nicht weitergeführt, so hätte die Umverteilung ihr oberstes Ziel nicht erreicht, da die Aermsten die grossen Verlierer wären.

Der Brief des OGB♦L an die Familienministerin löste eine prompte Reaktion der Regierung aus, die ihren Vergesser sofort beheben konnte.

Esch/Alzette, le 2 janvier 2002

Madame le Ministre,

Suite à notre entretien téléphonique du 28 décembre 2001, je me permets par la présente de réitérer la demande de l'OGB♦L quant à la continuation de l'allocation de chauffage et à son amélioration sélective pour les revenus faibles.

C'est en effet avec la plus grande surprise que nous avons appris dans votre réponse à une question parlementaire que l'allocation de chauffage serait abolie en 2002 alors que dans des discussions bilatérales dans le cadre de la campagne de l'OGB♦L en faveur d'une redistribution équitable, le Premier Ministre avait déclaré à plusieurs reprises qu'elle serait augmentée.

Comme nous estimons que ces deux affirmations contradictoires nécessitent un éclaircissement immédiat, nous vous saurions gré de bien vouloir nous informer s'il a été négligé de demander les crédits nécessaires à la continuation de ladite allocation ou si, au contraire, il s'agit d'une décision avalisée par les instances compétentes.

Dans toute hypothèse et en dépit d'arguments en faveur de l'abolition de l'allocation de chauffage, l'OGB♦L revendique sa continuation pour les plus démunis du Grand-Duché, qui en dépit de la réforme des impôts et d'une augmentation des pensions tablent sur cette allocation pour arrondir leurs comptes.

Dans un souci d'équité sociale, nous vous demandons de remettre la continuation de cette allocation sur l'ordre du jour du prochain Conseil de Gouvernement et d'agir dans l'intérêt des plus pauvres de notre pays.

Dans l'attente de vous lire à ce sujet, nous vous présentons, Madame le Ministre, l'expression de nos sentiments distingués.

John Castegnaro
président

Interview



“Mäin Numm ass David Baur, ech sinn de 26. Dezember 1979 zu Lëtzebuerg gebuer a sinn am 3. Léierjoër am Centre de Formation Professionnelle vun der ARBED.

Als OGB♦L- Delegéierten konnt ech schons am Joër 2000/2001 méng éischt Erfahrungs sammelen. Et huet mer richtig Spaass gemaach, mech fir Iech anzusetzen an et géif mech freën, do weiderzefueren wou ech d'lescht Joër opgehal hun ... “

Mit diesem Text stellte sich der engagierte 22-jährige im November 2001 zu den Ausschusswahlen in der ARBED-Léierbud, wo er auch prompt wiedergewählt wurde.

AKTUELL: Durch Dein Engagement strafst Du all jene Lügen, die behaupten die Jugendlichen seien faul und egoistisch und hätten mit Gewerkschaften nun wirklich nichts am Hut. Was motiviert Dich eigentlich, Dich für Deine Kollegen einzusetzen?

David Baur: Bereits zu meiner Schulzeit war ich Klassensprecher, weil ich schon damals die Dinge selbst in die Hand nehmen wollte. Für mich war es daher selbstverständlich, als der Ausschuss-Präsident mich vor zwei Jahren als Kandidat für die "Léierbud" vorschlug, zuzusagen. Auf diese Weise erhalte ich Informationen aus erster Hand und kann mit Hilfe meiner älteren Kollegen im ARBED-Ausschuss eine gute Arbeit im Interesse der Jugendlichen leisten.

Besonders stolz bin ich darauf, dass ich bereits im ersten Jahr meines Mandats, einen Erfolg zu verzeichnen hatte. Bis dahin musste nämlich jeder Jugendliche aus der "Léierbud" einen Urlaubstag opfern, wenn er seinen Fahrtest ("stage du jeune conducteur") im Lehrzentrum in Colmar-Berg ablegen musste. Nachdem wir unser Anliegen mit dem OGB♦L-Ausschuss diskutiert hatten, wurde daraus ein Punkt der Tagesordnung in der Commission Paritaire, mit dem Resultat, dass ein zusätzlicher freier Tag im Kollektivvertrag

vereinbart wurde. Daneben kümmere ich mich aber auch um Probleme, die in der täglichen Zusammenarbeit mit unseren Instruktoren auftreten können, um unsere Arbeits- und Lohnbedingungen, ... usw.

AKTUELL: Lohnbedingungen? Hierfür gibt es doch genaue Regelungen ...

David Baur: ... die aber nicht immer eingehalten werden. So ist in unserem Lehrvertrag vorgesehen, dass wir beim erfolgreichen Abschluss eines Schuljahres eine Prämie von 50.000.- respektive 56.000.- Flux im Mai ausbezahlt bekommen. Trotz wiederholten Nachfragen bei unserem Direktor, war die Zahlung im Dezember immer noch nicht gemacht worden. Als die zuständige Ministerin dann bei uns in der "Léierbud" zu Besuch war, packte ich die Gelegenheit beim Schopf und fragte höflich nach, wann uns das Geld endlich überwiesen würde. Sie versprach sich persönlich darum zu kümmern, was dann auch schlussendlich klappte.

AKTUELL: Aufgrund Deiner positiven Erfahrung würdest Du also jedem Jugendlichen raten, sich gewerkschaftlich im OGB♦L zu organisieren?

David Baur: Auf jeden Fall. Denn für den monatlichen Beitrag von nur 1,24 € kann man sich bei Problemen auf die Unterstützung einer grossen Gewerkschaft verlassen. Dies ist gerade auch für uns Jugendliche ein wichtiger Punkt.

AKTUELL: Wir danken Dir für dieses Gespräch.



Stahltripartite Die Mobilisierung hat sich gelohnt!

Mit einem gewissen Unbehagen und vielen offenen Fragen wurden im Februar 2001 die Fusionsabsichten von ARBED, ACERALIA und USINOR zu einem Megastahlproduzenten, von den Stahlbelegschaften aufgenommen.

Nach ersten Gesprächen mit der Regierung und den Verantwortlichen der ARBED steckten die Gewerkschaften OGB•L und LCGB den Rahmen ab, in dem sie bereit waren, das Entstehen des neuen Unternehmens zu begleiten. Das Ziel war, innerhalb einer Stahltripartite, jene Aspekte der Fusion zu diskutieren, welche die Luxemburger Stahlindustrie betreffen. Im Laufe der Wochen und Monate, stellte sich sehr schnell heraus, daß die ARBED und auch die Regierung die Stahltripartite zur Durchsetzung ihrer jeweiligen eigenen Interessen gebrauchen wollten. Die Standpunkte und die Forderungen der Gewerkschaften wollten sie als unzeitgemäss und als wirtschaftlich hemmend abtun.

Für den OGB•L waren die Fragen betreffend die zukünftige Rolle des luxemburgischen Staates, die Zukunft der Stahltripartite, die Absicherung aller Stahlstandorte, die Absicherung der peripheren Betriebe der Stahlindustrie, den Erhalt der Mitbestimmung und der sozialen Errungenschaften, die Zukunft der Préretraite, aber Fragen prinzipieller Natur. In den Sitzungen der Stahltripartite wurde klar, daß die Regierung und die ARBED nicht bereit waren, auf die Ansichten der Gewerkschaften einzugehen.

Als in der Stahltripartite vom 4. Oktober 2001 die Gewerkschaften OGB•L und LCGB zur Überzeugung gelangten, daß die Ausrichtung der Gespräche nicht mehr mit den Interessen der Beschäftigten zu vereinbaren war, wurde der Aktionstag vom 20. November 2001 beschlossen.

An diesem einheitlichen Aktionstag von OGB•L, LCGB und NGL beteiligten sich weit über 2000 Kollegen, obwohl es kein Streiktag war und in den Betrieben weiter produziert wurde. Durch ihre massive Präsenz und die entschlossene Stimmung gaben die Kollegen den Gewerkschaften ihre solidarische Unterstützung. Der Erfolg des Aktionstages ist ein Ausdruck dafür, daß das Personal aus der Stahlindustrie nicht bereit ist seine sozialen Errungenschaften kampflos aufzugeben. Diese Botschaft wurde der Politik und dem Management mit der Ankündigung eines Generalstreiks in der Stahlindustrie am Februar 2002 verdeutlicht.

In den anschliessenden, bilateralen Zusammenkünften mit der Regierung und der ARBED nahmen die Gespräche unter diesem Druck eine neue Orientierung, in der die Gewerkschaften in allen Punkten ihre Position auch deutlich erkannten.

- Der luxemburgische Staat bleibt stärkster Aktionär und mit der Ernennung eines luxemburgischen Vertreters im Verwaltungsrat wird er eine aktive Rolle wahrnehmen.
- Neben dem Investment in die neue Mitteleisenstrasse auf PAEB müssen auch die Standorte von Düdelingen (LDD) und Rodange (Train C) durch ein langfristiges Industriekonzept abgesichert werden.
- Das ARBED-Statut bleibt für das gesamte Personal in vollem Umfang aufrecht erhalten.
- Die Zukunft der Préretraite wird auch weiterhin ein fester Bestandteil der Gespräche der Stahltripartite bleiben.
- Die Mitbestimmung bleibt in ihrem vollem Umfang und auf allen bisherigen Ebenen in der Stahlindustrie erhalten.
- Die peripheren Betriebe der ARBED (es sind dies Betriebe ausserhalb der eigentlichen Stahlindustrie, d.h. die

Drahtziehereien - Paul Wurth - Circuit Foil - IEE, ... usw) werden in die Gespräche der Stahltripartite mit einbezogen.

Der Punkt, in dem sich die Gewerkschaften nicht durchsetzen konnten, war die Forderung, die aktuellen Mitbestimmungsmodelle der Stahlindustrie auf diese periphere Betriebe auszudehnen. Die Resultate, die in der Sitzung der Stahltripartite vom 9. Januar 2002 ausgearbeitet wurden, konnten dennoch für die Gewerkschaften als seriöse Diskussionsbasis angesehen werden.

In der Sitzung des Syndikats "Hütten und Bergbau" des OGB•L vom 10. Januar 2002 beschloß die Leitung demnach die Resultate der Stahltripartite anzunehmen. Somit ist auch die geplante Streikaktion vom 1. Februar 2002 nicht mehr notwendig. Die einhellige Meinung der Delegierten war, daß nur durch die massive Mobilisierung der Stahlbelegschaften dieses gute Verhandlungsergebnis erreicht werden konnte. Die Delegierten des OGB•L sind sich voll bewusst, dass nun die Epoche der ARCELOR angebrochen ist. Es wird auch in Zukunft damit zu rechnen sein, daß es Versuche des Patronats geben wird, Entscheidungen zu Ungunsten der Beschäftigten durchzusetzen. Auch dann wird die Solidarität der Belegschaften wieder notwendig sein, um den sozialen Dialog und die sozialen Errungenschaften zu erhalten.

Die Aufgabe eines transnationalen Unternehmens wie der ARCELOR kann nicht darin bestehen, ausschließlich Gewinne für seine Aktionäre einzufahren, sondern die ARCELOR wird auch mit den berechtigten Erwartungen ihrer Beschäftigten nach Wohlstand, nach sozialem Fortschritt, nach sicheren und guten Arbeitsbedingungen konfrontiert sein.

Les résultats de l'enquête comparative sur les niveaux en mathématiques et en lecture de l'OCDE (Organisme de coopération et de développement économique) avaient l'effet d'une bombe.

Ci-après nous publions deux premières réactions de notre syndicat sachant qu'aux fins d'approfondir son analyse, l'OGB♦L organisera en février un colloque spécial sur la politique de l'éducation auquel sont invités aux côtés des membres du comité national, des délégués du SEW-OGB♦L, des représentants de l'OGB♦L au sein de la Chambre des employés privés, de la Chambre de travail et du Conseil économique et social, des représentants des autorités politiques, des enseignants, des parents d'élèves, des élèves et du patronat.

Schlechtes Abschneiden Luxemburgs bei der PISA-Studie 2000

Notwendigkeit einer wirklichen Bildungsoffensive

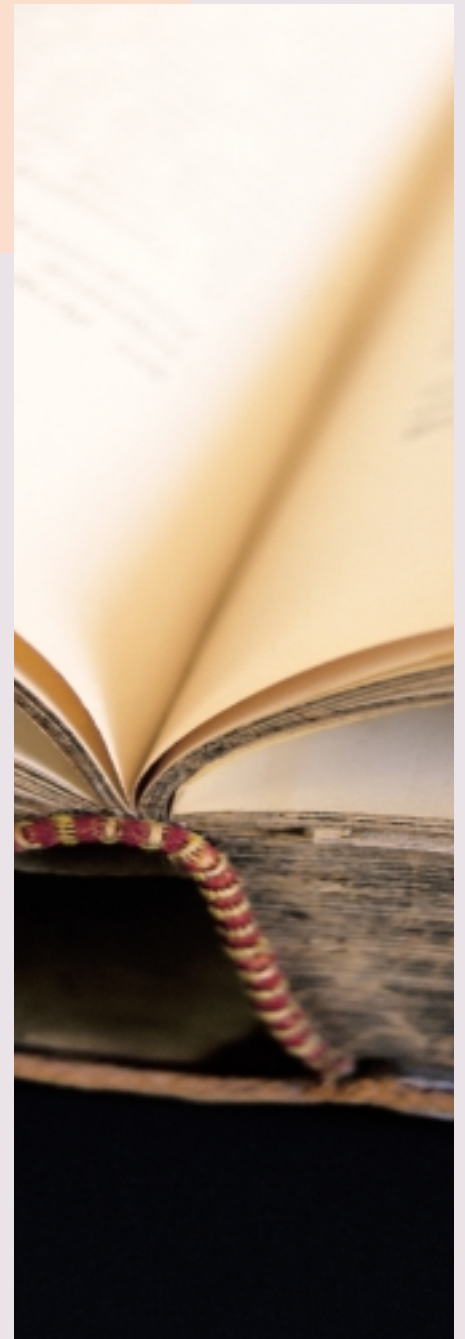
Das schlechte Abschneiden Luxemburgs bei der PISA-Studie unterstreicht nachdrucksvoll die Notwendigkeit einer wirklichen Bildungsoffensive in Luxemburg, auch wenn zur definitiven Auswertung noch viele Punkte diskutiert und analysiert werden müssen.

Relativiert man die Ergebnisse und zieht zum Beispiel die Spezifitäten unseres Landes d.h. die Vielsprachigkeit und die starke Immigration in Betracht, so bleibt die Studie dennoch ein ernst zu nehmendes Warnsignal, das zeigt, dass in der Vergangenheit manches schiefgelaufen ist.

In den vergangenen zehn bis fünfzehn Jahren haben der OGB♦L und der SEW immer wieder Fehlentwicklungen hervorgehoben und Lösungen aufgezeigt. In seinem Forderungspapier "Eine Bildungsoffensive für Luxemburg", das bereits am 13. Oktober 1998 vom Nationalvorstand angenommen wurde, forderte der OGB♦L unter anderem Investitionen in die Infrastrukturen, Einstellung einer ausreichenden Anzahl von gut ausgebildeten Lehrkräften, die Erneuerung der Lehrprogramme und Lehrmethoden mit einer Konzentrierung auf das Wesentliche.

Besonders zu bedenken gibt die PISA-Studie aber in Bezug auf die flagranten Unterschiede in den Leistungen der Schüler, je nach deren sozio-ökonomischem Umfeld. So tragen Einkommen, soziale Stellung und kulturelles Umfeld der Familie wesentlich zum besseren Abschneiden der Schüler bei. Zur Sicherstellung der Chancengleichheit fordert der OGB♦L bereits seit Jahren, dass die Grundausbildung die Möglichkeit bieten muss, die sozialen und kulturellen Ungleichheiten sowie die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern zu kompensieren. In den kommenden Jahren muss daher ein verstärktes Augenmerk auf die Bekämpfung der sozialen Defizite gelegt werden, sowie auf die besonderen Schwierigkeiten der Nicht-Luxemburger Kinder.

Die schlechten Noten Luxemburgs in der PISA-Studie belegen den akuten Handlungsbedarf. Im Interesse einer schnellen Kurskorrektur sollten die Diskussionen aber ohne Schuldzuweisung an die Eltern, Lehrer oder gar die Schüler geführt werden. In diesem Sinne hat der OGB♦L eine Unterredung mit der Unterrichtsministerin Anne Brasseur angefragt, um Aufschluss über die Studie zu bekommen und einen breiten Meinungsaustausch



Après l'étude PISA : en finir avec les pénuries qui étouffent nos écoles !

Après le choc qu'il faut espérer salubre de l'enquête PISA démontrant

- d'une part le faible niveau des compétences acquises dans trois domaines-clé (lecture, mathématiques, sciences) par les élèves de 15 ans fréquentant les écoles du Luxembourg,
- d'autre part le fait toujours supposé, dorénavant établi que nos écoles, au lieu de faire rattraper à nos élèves le retard social, le creusent encore et de manière significative, la langue véhiculaire parlée à domicile revêtant en cela un rôle important sinon prépondérant,

la FGIL et le SEW/OGB♦L tiennent à s'associer à tous les vrais défenseurs de l'école publique et de l'égalité des chances qui ces derniers jours ont exprimé leurs préoccupations et leurs craintes devant la dégradation de la situation scolaire dans notre pays.

Les deux organisations se doivent toutefois de souligner par la même occasion que face aux nombreuses insuffisances de moyens tant en ressources humaines qu'en infrastructures, il eût été quelque peu étonnant si les résultats de l'enquête avaient été foncièrement différents.

Depuis des années et sous les Gouvernements successifs de ces dernières 25 années, l'école publique est restée malencontreusement victime de mesures d'austérité que face à la situation budgétaire excellente de

notre pays, nul observateur de la scène politique ne parvient à comprendre :

- des centaines de classes, du préscolaire/primaire au secondaire, ne disposent pas d'enseignants qualifiés et face au recrutement toujours insuffisant, la situation a tendance à empirer, notamment au secondaire technique et plus particulièrement au préparatoire.

Le respect et l'honorabilité de la fonction enseignante ainsi atteints, un climat déplorable, peu propice à l'enseignement, s'installe au sein du corps enseignant breveté.

Dans ce contexte, la promesse intempestive d'un engagement à durée indéterminée, sans condition de formation, faite au personnel remplaçant de l'enseignement primaire par le Premier Ministre va à l'encontre des exigences de qualité de l'école et de la formation des formateurs.

Des milliers d'élèves, entassés avec leurs enseignants dans des containers mal isolés contre le bruit, la chaleur et le froid, respectivement éparpillés entre des bâtisses vétustes et en fin de cycle de vie appelées annexes, se demandent à juste titre par où est passée la grande richesse constamment proclamée du pays dans lequel ils vont à l'école.

Elèves et enseignants - accablés comme nulle part ailleurs sous une multitude de branches à promotion et objectifs

d'enseignement changeants et mal définis - attendent en vain la redéfinition de contenus enfin raisonnables, clairs et précis ne se limitant pas à une formule rétrograde comme "back to basics".

Face à tous ceux qui en ce moment tentent de profiter de l'occasion " PISA " pour faire des enseignants les boucs émissaires d'une politique de l'enseignement ratée, le SEW et la FGIL expriment leur solidarité avec tous les enseignants qui dans nos écoles et dans nos lycées accomplissent jour pour jour une tâche difficile et ingrate. La même solidarité va aux jeunes gens qui nous sont confiés et que d'aucuns, allant un peu vite en la besogne, essaient de culpabiliser et de ridiculiser en tant qu'élèves paresseux et incapables mais qui en fait ne sont pour la plupart et comme leurs enseignants que les victimes de l'incessante politique des pénuries, de l'austérité et des réformettes depuis trop longtemps pratiquée dans l'Education Nationale.

Qu'il soit enfin permis, sans vouloir minimiser les importantes informations fournies par l'enquête PISA, d'émettre quelques interrogations sur le déroulement du test et sur certains éléments qui ont manifestement joué en défaveur du Luxembourg, notamment en ce qui concerne le classement par rapport aux autres nations de l'OCDE.

Dans la très grande majorité des pays, l'on a procédé par petits échantillons

Après l'étude PISA : en finir avec les pénuries qui étouffent nos écoles !

d'élèves, avec tout ce que cela implique comme "dérapages" possibles (sait-t-on, par exemple, qu'on a exclu la Hollande des résultats ?), alors qu'au Luxembourg on a soumis aux tests la totalité des élèves, du modulaire au secondaire classique en passant par le secondaire technique et le privé.

Il est généralement admis que les résultats peuvent sensiblement différer selon la situation matérielle de l'exécution pratique d'une enquête. Dans ce contexte, il importe de savoir qu'au Luxembourg, tous les élèves furent réunis dans de grandes salles de fête ou de sports des lycées, souvent d'ailleurs après un transport effectué depuis les bâtiments annexes, alors que dans les autres pays, ils effectuaient les tests dans leur salle de classe, donc dans leur environnement scolaire habituel.

Nos élèves étaient les seuls ayant dû répondre dans une langue qui n'était pas leur langue maternelle à des questions posées dans une langue étrangère et selon un mode de questionnement qui n'est pas de tradition au Luxembourg. De plus, d'un point de vue statistique honnête, il serait beaucoup plus équitable de comparer les résultats des élèves du Luxembourg - pays qui connaît une situation d'immigration absolument exceptionnelle - à ceux de régions en Europe, voire de quartiers connaissant des taux d'immigration analogues, au lieu de faire la comparaison avec des pays dont les taux moyens d'immigration sont considérablement moindres et où, par conséquent, les problèmes linguistiques à l'école sont plus facilement gérables.

Nonobstant les réserves susmentionnées, la FGIL et le SEW/OGB♦L en appellent au Gouvernement et à tous les responsables politiques, de prendre au sérieux les graves déficiences dont souffre notre système scolaire et de se mettre immédiatement au travail pour combattre les injustices inacceptables qu'il produit et reproduit. Pour assurer une plus grande égalité des chances et améliorer en profondeur la qualité de l'enseignement, il n'y a pas d'autre chemin que celui de doter nos écoles des moyens appropriés. Le temps des pénuries doit avoir une fin !

Chinesische Gewerkschafter zu Besuch beim OGB♦L

OGB♦L leistet konkreten Beitrag zur Integration

Am 17. Dezember 2001, traf eine Delegation hochrangiger chinesischer Gewerkschafter unter der Leitung von Herrn Funjiu Zhang, dem Vizepräsidenten der FSC (Föderation der Chinesischen Gewerkschaften) und in Begleitung des chinesischen Botschafters in Luxemburg, mit einer Vertretung des OGB♦L, angeführt von Nationalpräsident John Castegnaro, zusammen.

Die beiden Delegation erörterten die bestehenden engen bilateralen Kontakte und vereinbarten eine weitere konkrete Zusammenarbeit, vor allem auch im Bereich der Schulung chinesischer Gewerkschafter in Luxemburg.

Der Beitritt Chinas in die Welthandelskonferenz (WTO), die Chancen und Gefahren die davon ausgehen, war ein weiteres, wichtiges Thema der Gespräche. Die chinesische Delegation ist sich der Herausforderung der Gewerkschaften bei der Umgestaltung Chinas zu einer modernen Industrienation voll bewusst, und wird sich im Sinne einer sozialen Gestaltung der Arbeitswelt einsetzen.

In diesem Sinne strich der OGB♦L-Präsident hervor, dass die chinesischen Gewerkschaften nun gefordert sind, gemeinsam mit den anderen im IBFG (Internationaler Bund Freier Gewerkschaften) vertretenen Gewerkschaften, auf allen Ebenen für mehr Sozialrechte der Arbeitnehmer einzutreten, insbesondere auch beim BIT.

Im April 2002, wird eine weitere 30köpfige Delegation aus China zu einem Weiterbildungsprogramm für ausländische Gewerkschafter vom OGB♦L

Après les syndicalistes chinois, visite d'une délégation russe à l'OGB♦L



„Beschäftigungsinitiativen“ und unlauterer Wettbewerb oder ARBEIT FÜR ALLE?!



Bezugnehmend auf die Pressemitteilung "Anliegen der Landschaftsgärtner ernst nehmen" und auf den Artikel "Beschäftigungsinitiativen; Keineswegs unlautere Konkurrenz", möchte die Direktion von OPE folgende Klarstellungen abgeben.

Objectif Plein Emploi asbl ist eine eigenständige Vereinigung ohne Gewinnzweck, die aus einer Zusammenarbeit von Action Sociale pour Jeunes und dem OGB♦L entstanden ist und die auf einer Grundidee des OGB♦L basiert, der jahrelang die Schaffung eines nationalen Beschäftigungspooles forderte. Beide sind Partner in der so entstandenen Vereinigung, Objectif Plein Emploi wird also nicht vom OGB♦L unterhalten.

Objectif Plein Emploi ist keine Beschäftigungsinitiative im herkömmlichen Sinn. OPE besteht aus einem Netzwerk von fast 40 eigenständigen lokalen Vereinigungen, an denen sich rund 60 Gemeinden in Luxemburg beteiligen.

Diese Vereinigungen handeln in Eigenverantwortung und ihre Zielsetzung ist, die lokale Entwicklung (Développement local) voranzutreiben.

Als solche "lokale Entwicklungsgesellschaften" werden sie sich auch und natürlich um das persönliche Wohlergehen ihrer Bürgerschaft kümmern. Die Interaktion von Projektgestaltung, die der Lebensqualität der Allgemeinheit zugutekommt und der dadurch entstehenden sinnvollen Beschäftigung für potentielle Arbeitnehmer liegt also auf der Hand.

Dieser Ansatz hat nichts mehr mit einer reinen Beschäftigungsinitiative zu tun, sondern ist die Umsetzung einer gesellschaftspolitischen Notwendigkeit, die mit dem Begriff "Solidarökonomie" bezeichnet wird.

In diesem Sinne wollen wir auch darauf hinweisen, dass OPE, auf eigene Initiative hin, seit fast einem Jahr regelmäßig mit der Fédération des Horticulteurs zusammenkommt und beide dabei sind eine Konvention zu erarbeiten, die das Koexistieren dieser beiden Wirtschaftssysteme (Privat- und Solidarwirtschaft) beschreibt und die die Komplementarität der beiden Arbeitsweisen organisiert.

OPE und die Fédération des Horticulteurs stehen kurz vor dem positiven Abschluss dieser Diskussionen. Wir können daher also nicht damit einverstanden sein, dass ALLE sogenannten Beschäftigungsinitiativen undifferenziert über einen Kamm gezogen werden und können auch die Haltung und die Aussagen der Landschaftsgärtner nicht verstehen.



Romain Bieber
Romain Binsfeld

Transports de Fonds

Le double jeu du LCGB

Avec l'approche de la phase "chaude" pour l'introduction de l'euro, le LCGB, qui s'est auto-proclamé principal syndicat dans le domaine des transports de fonds, enchaîne avec des affirmations peu pertinentes et donc fausses. Dernièrement, en l'occurrence le week-end passé, le syndicat chrétien s'est manifesté en déclarant que la moitié des fourgons ne correspondrait pas, au niveau du blindage, aux normes de sécurité actuellement en vigueur. Le LCGB semble ignorer que de telles allégations constituent une invitation à tous les éléments criminels à passer à l'acte. Par ailleurs l'Euro-Ministre, Luc Frieden, a tenu à rectifier immédiatement le tir en contredisant énergiquement cette affirmation gratuite.

Et pourtant le LCGB ferait bien de tenir les promesses faites aux convoyeurs et de s'engager concrètement pour la défense de leurs intérêts notamment au niveau des négociations pour le renouvellement de la convention collective par l'introduction du statut de "transporteur de fonds" dans le nouveau contrat collectif. En tant que "syndicat principal" du secteur, le LCGB aurait pu exercer plus de pression sur les organisations patronales pour faire avancer le dossier à l'Office National de Conciliation. En tant que syndicat responsable il aurait aussi dû éviter le report d'une réunion de conciliation, report qui a remis la première session de l'Office en décembre 2001. Et pourtant il y va de l'intérêt des quelque 2.000 salariés du secteur.

Le double jeu du LCGB se confirme également au niveau de son président. Celui-ci, contacté par l'Euro-Ministre qui lui a fait part de ses craintes quant à une relance des actions des convoyeurs, l'a assuré que si tel était vraiment le cas, le LCGB interviendrait en tant que médiateur.

L'OGB•L regrette ce comportement qui ne met pas seulement en cause la solidarité syndicale, mais qui n'apporte rien de positif au dénouement du dossier.

Avec beaucoup moins de bruit, l'OGB•L a oeuvré les derniers mois sur le plan national et international afin d'améliorer les conditions de travail des convoyeurs de fonds et de faire instaurer des contrôles y relatifs. Il est notamment intervenu auprès de l'Association d'Assurance contre les Accidents afin de faire arrêter des prescriptions de prévention des accidents. Le sujet "sécurité des transports de fonds" a aussi été inscrit dans le catalogue des revendications de l'UNI, union internationale des syndicats du secteur tertiaire.

Et finalement l'OGB•L fait confiance au Gouvernement et aux autorités publiques qu'ils mettent tout en oeuvre pour protéger la vie des convoyeurs tout comme la vie de toute la population.



Les transports de fonds restent vulnérables

Il faut légiférer en la matière !

L'attaque du vendredi 11 janvier sur le fourgon de Brink's a démontré que les mesures annoncées et mises en place jusqu'à présent ne suffisent toujours pas pour retenir les malfrats de s'attaquer aux fourgons blindés.

Quant au déroulement de ce braquage, il appert de constater qu'il est inadmissible que des chargements et déchargements de transport de fonds se font toujours à des endroits apparemment sans surveillance et en plus mal éclairés. Dès la survenance des premiers braquages, l'OGB•L ne se lassait pas de rappeler que des sas, voire des emplacements sécurisés (surveillance-vidéo et autres) doivent être obligatoires, comme les conséquences de cette insouciance ont des répercussions tant directes sur les gens du métier (qui risquent leur vie à chaque mission) qu'indirectes sur le grand public en tant que chacun d'entre nous peut être impliqué involontairement dans l'attaque et ses suites (e.a. course-poursuite, ... etc).

Dans cet ordre d'idées l'OGB•L a demandé par écrit au Ministre Frieden

- 1) si vraiment toutes les mesures et consignes de sécurité et de protection arrêtées par voie de règlement grand-ducal ont été mises en pratique (e.a. voiture d'accompagnement, intervention rapide des forces de l'ordre, poursuites au-delà des frontières et tactiques de dissuasion) ?
- 2) quand est-ce qu'il sera légiféré en la matière ?

Dans l'attente de textes législatifs contraignants et au lieu de tomber dans une polémique vaine et inutile qui ne résout pas les problèmes sur le terrain, l'OGB•L rappelle aux patrons et aux instances publiques qu'il faut dès à présent tout mettre en oeuvre pour sécuriser au maximum ce métier du transporteur de fonds qui reste un métier extrêmement dangereux même si cette fois, il n'y a pas eu de blessés.

Convention collective dans le secteur de la sécurité privée

Le mardi 15 janvier 2002 a eu lieu la deuxième réunion à l'Office national de conciliation relative au litige qui oppose les syndicats et les employeurs notamment au sujet des transports de fonds.

Lors de cette réunion devant le conciliateur, les employeurs ont déclaré qu'ils étaient d'accord de négocier le statut de transporteur de fonds. Ceci répond en principe à la revendication principale des syndicats.

Les partenaires sociaux se sont engagés à entrer dans une suite continue de négociations. Les premiers rendez-vous sont fixés au 18 et 24 janvier 2002, une nouvelle entrevue dans le cadre de l'ONC a été fixée au 14 mars 2002.

Et le reste de la profession ? !

L'OGB•L continue pourtant à revendiquer que les doléances de toute la profession dans le domaine de la sécurité doivent être respectées et négociées avec la même

véhémence et détermination étant donné que les agents de sécurité, comme les statiques, patrouilleurs et autres agents de surveillance représentant quand même 90 % des salariés du secteur.

Tous ces agents, ne l'oublions pas, font également un métier à risque et toutes les mesures de protection qui seront mises en place pour garantir un maximum de protection au niveau de la sécurité et de santé pour le transporteur de fonds devront aller de pair avec celles pour les agents de sécurité travaillant dans ce secteur.



L'OGB•L sera sur la brèche pour défendre les intérêts de toute la profession, sans pour autant oublier qu'il y a une priorité à donner au statut de transporteur de fonds.

Léon Jenal

Fonction Publique

Au 31 décembre de cette année, l'accord salarial de la Fonction publique de l'Etat vient à échéance. Une fois de plus le Gouvernement négocie cet accord avec la seule CGFP, prétextant que cet accord ne concernerait que la Fonction publique et que la CGFP serait l'organisation la plus représentative des fonctionnaires de l'Etat.

Mis à part le fait que cet accord s'appliquera également aux fonctionnaires et employés communaux et aux agents publics assimilés de la SNCFL, de l'entreprise des P&T, de la BCEE et de la BCL, l'OGB♦L rappelle que l'accord salarial détermine par voie légale également l'évolution générale des traitements des employés privés et des ouvriers du secteur public dit conventionné.

Par ailleurs, cet accord sert de référence aux autorités publiques pour les négociations des conventions collectives de travail des ouvriers de l'Etat et des Communes et du personnel hospitalier. Dans ces secteurs, la CGFP ne dispose d'aucune représentativité alors que l'OGB♦L est le syndicat le plus représentatif.

Afin de prendre en compte cette situation et de démocratiser enfin les négociations dans le secteur des services publics luxembourgeois, l'OGB♦L a proposé au Ministre de la Fonction Publique et de la Réforme Administrative de se prononcer pour un modèle de négociation qui permettrait de respecter les représentativités catégorielles des différentes organisations syndicales à leurs justes valeurs tout en préservant l'autonomie de négociation dans les différentes parties du secteur public.

L'OGB♦L propose de discuter d'abord avec les organisations les plus représentatives des fonctionnaires et employés publics, des ouvriers de l'Etat et des Communes, des ouvriers et employés du secteur social et du secteur hospitalier une enveloppe globale d'évolution des

salaires et des conditions de travail et de négocier ensuite les accords ou conventions collectives de travail existant dans les différentes parties du secteur public.

Quant au fond, les syndicats de l'OGB♦L dans le secteur public à savoir le syndicat "éducation et sciences", le syndicat "santé et services sociaux" et le syndicat "services publics" ont, après analyse de la situation économique, arrêté les lignes directrices suivantes qui devraient, de leur avis, orienter la politique salariale dans le secteur public au sens large :

1. Dans le contexte économique incertain actuel, l'OGB♦L propose d'opter pour une politique d'évolution continue des salaires, conforme à l'évolution à moyen terme de la productivité macro-économique du pays. L'OGB♦L plaide également pour un accord de courte durée.
2. Au niveau des conditions de travail, l'OGB♦L plaide pour une politique d'amélioration de la qualité de vie par une réduction du temps de travail qui pourrait prendre dans le contexte actuel et dans un accord de courte durée la forme de la réalisation de la sixième semaine de congé payé pour tous les salariés du secteur public.
3. Au niveau de l'orientation générale de la politique dans le secteur public, l'OGB♦L insiste sur un engagement officiel du Gouvernement en faveur du service public et contre une politique de privatisation, une politique de transfert de services publics dans le secteur marchand de notre économie.

Cons- truction

Harcèlement et terrorisme psychologique

De toute évidence, dans le secteur de la construction, le délégué du personnel ne semble pas avoir bonne cote auprès de certains patrons.

Pour être précis, la cote tombe à pic dès que le délégué donne signe de vouloir accomplir son rôle et honorer son mandat, ou s'il se permet de s'opposer à une décision unilatérale du patron concernant les conditions de travail des salariés.

Le délégué reste bon travailleur tant qu'il se tait et pense uniquement à travailler ; il devient très mauvais travailleur s'il demande à utiliser le crédit d'heures de délégation, s'il demande à effectuer la tournée de sécurité sur les chantiers ou s'il intervient en faveur des collègues de travail.

Certains patrons, ou faisant fonction, ont une immense allergie à tout ce qui est défense des droits des travailleurs et droits syndicaux.

Que dire de l'entrepreneur qui essaie de refuser le dépôt d'une liste de candidats délégués disant ne pas en avoir besoin ?

Que dire de ce même employeur qui, dès qu'un de ses délégués du personnel réclame ses droits, commence à le bombarder d'avertissements par l'intermédiaire de son avocat et à

Braue- reien

l'accuser d'insultes, injures, offense à l'employeur, manque de rendement, etc... ?

Que dire encore de ce même employeur qui agresse verbalement (quand tout va bien) ses délégués et ses ouvriers qui osent demander l'application du contrat collectif et ne supporte même pas le bruit que les autres font pour respirer ?!

Moi je dis que cet employeur (et son faisant-fonction) ne devrait plus exister de nos jours car il pue la haine et l'intolérance, et applique le terrorisme et le harcèlement psychologique dans l'espoir de réduire au silence les délégués du personnel et les travailleurs en général. Il incarne l'ennemi de tout dialogue social et de tout respect vis à vis des travailleurs et de leurs droits.

Malheureusement il se sent soutenu dans sa besogne par une loi sur les délégations du personnel qui, s'adaptant difficilement à la réalité de la construction, laisse à de tels énergumènes toute la liberté de décider si, quand et comment les délégués du personnel peuvent accomplir le mandat dans l'intérêt des travailleurs.

Il y a seulement à espérer qu'avant les prochaines élections sociales il y ait une nouvelle loi donnant aussi des droits aux délégués représentant les dizaines de milliers de travailleurs du secteur de la Construction.

Valerio De Matteis

Stellungnahme des OGB♦L- Brauereivorstandes zu den Geldstrafen der Brauereien Battin, Bofferding und Simon

*Aufregung in der Luxemburger
Brauindustrie*

Die Mitglieder des OGB♦L-Brauereivorstandes haben sich mit dem Urteil der Europäischen Kommission über die angebliche Aufteilung des Luxemburger Marktes sowie die versuchte Verhinderung von Importen durch ausländische Brauer, befasst. Überraschend in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, dass lediglich drei der verbleibenden vier Luxemburger Brauereien, mit einer Geldstrafe belegt wurden.

Seit Aufnahme diesbezüglicher Untersuchungen seitens der Europäischen Kommission war der OGB♦L im Rahmen des Sozialdialogs informiert worden und sicherte den betroffenen Brauereien von Anfang an seine Unterstützung in diesem Dossier zu. Der Brauereivorstand, in dem die Personaldelegierten der vier verbleibenden Luxemburger Brauereien vertreten sind, entschied auch weiterhin die betroffenen Betriebe in ihrer Vorgehensweise zu unterstützen, gegebenenfalls eigene Massnahmen zu treffen und entschieden gegen die verhängten Strafen bei nationalen sowie

europäischen Institutionen zu protestieren.

Der OGB♦L-Brauereivorstand teilt keinesfalls die Einschätzung des EU-Kommissars für Konkurrenzfragen, Mario Monti, dass es irgendwelche Absprachen zwischen den Luxemburger Brauern gegeben habe. Allein die stetige Zunahme an ausländischen Produkten auf dem Luxemburger Biermarkt beweist das Gegenteil und macht die These der Behinderung ausländischer Konkurrenten zunichte. Der OGB♦L-Brauereivorstand unterstützt daher die Brauereiverantwortlichen in ihrem Appell gegen den Entscheid der EU-Kommission.

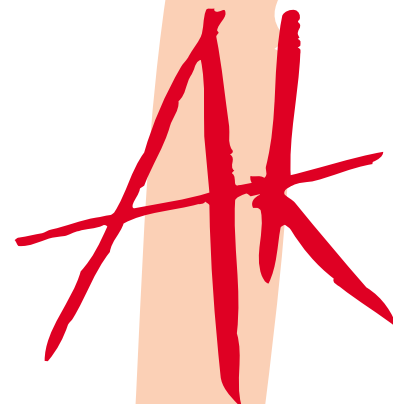
Daneben fordert er die Luxemburger Regierung dazu auf, ihre Verantwortung zu übernehmen indem sie der Luxemburger Brauindustrie bei der EU-Kommission beisteht und sich gemeinsam mit allen Partnern für eine eigenständige, moderne und überlebensfähige Luxemburger Brauindustrie im Kontext der zunehmenden Globalisierung der Biermärkte, einsetzt.

In diesem Zusammenhang drückt der OGB♦L-Brauereivorstand nochmals seinen Wunsch nach einer starken, engagierten und solidarischen Luxemburger Brauerföderation aus und warnt vor einem möglichen Auseinanderbrechen. In diesem Fall wäre der Sozialdialog im Brauwesen, insbesondere hinsichtlich der anstehenden Verhandlungen zur Erneuerung des sektoriellen Kollektivvertrages in Frage gestellt, mit der Konsequenz, dass die Arbeiter und Angestellten der Luxemburger

AK-INFO'S 4/2001

de la CHAMBRE DE TRAVAIL :

L'EMPLOI DES TRAVAILLEURS ETRANGERS



Le 4e numéro de la publication trimestrielle AK-Info's de la Chambre de travail vient de paraître sous le titre "L'emploi des travailleurs étrangers".

Nul n'ignore que la main d'œuvre étrangère a contribué de façon considérable à la création des richesses de notre pays. Ceci sera probablement encore plus vrai dans l'avenir.

Ceci ne met non seulement le pays devant des défis nouveaux – construction de logements et d'infrastructures scolaires par exemple – mais également les personnes elles-mêmes, demandeurs d'emploi.

Voilà pourquoi la Chambre estime utile de présenter l'arsenal législatif qui a trait à la condition des travailleurs étrangers au Luxembourg en distinguant entre trois catégories de personnes, suivant leur provenance : les travailleurs de l'Union européenne et de l'Espace économique européen, les travailleurs de pays tiers et les personnes en provenance d'une région en guerre.

La législation ne préjudicie pas à d'éventuels accords d'association ou de coopération qui existent entre le Luxembourg et un pays tiers.

Sans être exhaustive, cette publication a pour but de donner les informations nécessaires au travailleur étranger pour le guider dans la recherche d'un emploi et d'un logement sur le territoire du Luxembourg.

Pour toute information complémentaire, le lecteur pourra s'enquérir auprès de la Chambre de travail et des organismes cités en annexe de la publication

LE GRAND-DUC HENRI VISITE LA CHAMBRE DE TRAVAIL

Dans son désir de rencontrer les responsables des institutions du pays, le Grand-Duc Henri a visité la Chambre de travail le vendredi, 14 décembre 2001.

Le Souverain a assisté à une séance de l'assemblée plénière de la Chambre de travail qui a eu lieu dans le Centre de formation de la Chambre à Remich.

Lors de son allocution de bienvenue, le président de la Chambre de travail, Henri Bossi, a expliqué le rôle de la Chambre de travail, dont la mission consultative est ancrée dans la procédure législative et réglementaire de l'Etat luxembourgeois. Il a mis l'accent sur la formation économique et sociale dispensée aux travailleurs dans le cadre du Centre de formation de la Chambre de travail.

Afin de pouvoir encore mieux remplir ce rôle de formateur, la Chambre de travail est sur le point d'entamer la construction d'un nouveau bâtiment sur son site à Remich. La maquette de cette nouvelle construction a également été présentée au Grand-Duc, qui s'est vu offrir en guise de souvenir un tableau du peintre luxembourgeois Emile



Congés et jours fériés, allocations familiales, droits des salariées enceintes

Des cours de formation pour les militants de l'OGB♦L

L'OGB♦L propose à ses militants des cours de formation dont le but est la connaissance de la législation sociale. Au-delà des dispositions actuelles de la législation, les changements envisagés sont également présentés.

Trois sujets seront traités:

- ♦ Le congé parental et les allocations familiales

Qui a droit à un congé parental ? Quelles sont les conditions pour l'obtention d'un congé pour raisons familiales? Comment se présente le système des allocations familiales au Luxembourg ?

- ♦ Les congés ordinaire et extraordinaire ainsi que les jours fériés légaux

L'employeur peut-il annuler un congé accordé ? Comment se calcule le congé d'une personne occupée à mi-temps ? Quelle est la différence entre un jour férié légal et un jour férié d'usage ?

- ♦ Les nouveaux droits des salariées enceintes

Qui est concerné par les nouvelles dispositions de la loi du 1er août 2001 en matière de protection des femmes enceintes ? Une femme enceinte doit-elle travailler la nuit ? Une femme enceinte peut-elle être licenciée pour faute grave ?

Les cours sont destinés à toutes les femmes et tous les hommes de confiance de l'OGB♦L (membres des différentes structures, délégués du personnel ...).

**Les cours se tiendront à la salle de conférence de la
Régionale Centre de l'OGB♦L, 19, rue d'Epervay à Luxembourg
en journée, de 14h30 à 17h30,**

- ♦ les jeudis, 21 février, 28 février et 7 mars 2002 en français;
- ♦ les vendredis, 22 février, 1er et 8 mars 2002 en luxembourgeois.






**Le nombre de participants par cours est limité à 20.
Pour votre inscription, veuillez utiliser le formulaire page 26.**

Votre formation 2002



CALENDRIER

FEVRIER – JUILLET 2002


I Sécurité et santé au travail

Date	Intitulé du cours / séminaire	Niveau	Langue	FSE
07 – 08.02.2002	Le stress dans les nouvelles formes d'organisation du travail		F	
21 – 22.02.2002	Introduction aux principes de prévention des risques professionnels		F	
27 – 28.02.2002	Harcèlement moral et sexuel		F	
28 – 29.03.2002	Introduction aux principes de prévention des risques professionnels		F	
18 – 19.04.2002	Harcèlement moral et sexuel		F	
16 – 17.05.2002	Mobbing und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz	I	A	
23 – 24.05.2002	Introduction aux principes de prévention des risques professionnels		F	
10 – 11.06.2002	Mobbing und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz	II	A	




II Syndicalisme et représentation des travailleurs

Date	Intitulé du cours / séminaire	Niveau	Langue	FSE
13.02.2002	Gender Training für Personaldelegierte	I	A	
27.03.2002	Genre - Gender Training pour les délégués du personnel	I	F	







III Economie

Date	Intitulé du cours / séminaire	Niveau	Langue	FSE
27 – 28.06.2002	La mondialisation de l'économie		F	


IV Développement de la personnalité

Date	Intitulé du cours / séminaire	Niveau	Langue	FSE
07 – 08.03.2002	Gesprächsführung und persönliche Entwicklung	I	A	
14 – 15.03.2002	Gesprächsführung und persönliche Entwicklung	II	A	
21 – 22.03.2002	Konstruktive Gesprächsführung	I	A	
21 – 22.03.2002	Techniques de réunion Animer une équipe syndicale, une réunion	I	F	


IV Développement de la personnalité

Date	Intitulé du cours / séminaire	Niveau	Langue	FSE
28 – 29.03.2002	Prise de parole - Parler en public en s'affirmant	I	F	
10 – 11.04.2002	Konstruktive Gesprächsführung	II	A	
18 – 19.04.2002	Rhetorik – die Kunst frei zu reden	I	A	
25 – 26.04.2002	Rhetorik – die Kunst frei zu reden	II	A	
29 – 30.04.2002	Développement de la personnalité	III	F	
06 – 07.05.2002	Verhandlungsführung	I	A	
13 – 14.05.2002	Verhandlungsführung	II	A	
16 – 17.05.2002	Techniques de réunion – Motiver son équipe syndicale	II	F	
30 – 31.05.2002	Techniques de négociation	I	F	
06 – 07.06.2002	Moderation – die Kunst Diskussionen zu leiten	I	A	
10 – 11.06.2002	Prise de parole, parler en public en s'affirmant	II	F	
17 – 18.06.2002	Moderation – die Kunst Diskussionen zu leiten	II	A	
08 – 09.07.2002	Perfectionnement aux techniques de négociation	II	F	

V Droit social

Date	Intitulé du cours / séminaire	Niveau	Langue	FSE
29 – 30.04.2002	Ce qu'il faut savoir en cas d'incapacité de travail pour cause de maladie et toutes les dispositions avant et après la naissance ou adoption d'un enfant.		L / F	


VI Droit du travail

Date	Intitulé du cours / séminaire	Niveau	Langue	FSE
06 – 07.05.2002	La conclusion et la résiliation d'un contrat de travail		L / F	

VII Droit fiscal

Date	Intitulé du cours / séminaire	Niveau	Langue	FSE
à convenir	La déclaration fiscale		L / F	

VIII Cours spécifiques

Date	Intitulé du cours / séminaire	Niveau	Langue	FSE
à convenir	Mieux lire, mieux écrire, mieux parler		F	
09.03.2002	Die europäische Gesetzgebung im Strassentransport (ACAL)		A	
16.03.2002	La réglementation européenne en matière de transport routier (ACAL)		F	

Les cours se tiennent en langue luxembourgeoise (L), allemande (A) et française (F).

 Ces séminaires sont soutenus par le Fonds Social Européen (FSE).

Les détails des cours peuvent être demandés au secrétariat de l'IFES qui se fera le plaisir de vous les envoyer dans les meilleurs délais.

Institut de formation économique et sociale 12 rue du château L- 5516 Remich
Tél : 26 66 13-1 Fax : 23 69 93 52 email : ifes@ifes.lu ou r.santini@ifes.lu

Formulaire d'inscription

Je soussigné(e) désire m'inscrire au séminaire suivant :

Intitulé du séminaire	Date
<input type="text"/>	<input type="text"/>

Nom Mme , M.

Prénom

Date de naissance Lieu de Naissance

Nationalité

N° Matricule de la sécurité sociale

Profession

Fonction syndicale

Adresse N° Rue

Code postal Localité

Téléphone / GSM e-mail

Nom de l'employeur

Adresse N° Rue

Code postal Localité

Téléphone e-mail Fax

Je demande au secrétariat de l'IFES :

- de solliciter une dispense de service auprès de mon employeur
- de me réserver une chambre de logement
- de m'inscrire au déjeuner



Prière de cocher la case correspondante

Veuillez renvoyer le formulaire au secrétariat de l'IFES/OGB-L

Adresse : 12 rue du château, L-5516 Remich

Téléphone: 26 66 13-1 / Fax : 23 69 93 52 / e-mail : ifes@ifes.lu

Date Signature

Das Personalkarussell dreht weiter ...



... und mit André Sowa hat das Syndikat "Handel" ab dem 1. Januar einen neuen Verhandlungssekretär. André, 40 Jahre alt,

verheiratet und Vater von 2 Kindern, war 10 Jahre als selbstständiger Pâtissier tätig bevor er in den Dienst einer grossen industriellen Grossbäckerei trat.

Die Kollegin Viv. Jeblick, die übrigens Mutterfreuden entgegen blickt, wird übergangsweise das ACAL-Sekretariat in Bartringen verstärken, das durch einen krankheitsbedingten Ausfall dringend kompetenten Ersatz benötigte, bevor sie neue Aufgaben in unserer Organisation übernehmen wird.

André Sowa ist in der OGB♦L-Zentrale in Esch zu erreichen.

Telefon: 54 05 45 - 257
Fax: 54 16 20

IMPRESSUM

Zeitung des OGB♦L

"Unabhängiger Gewerkschaftsbund Luxemburg"

Verleger: OGB♦L "Onofhängege Gewerkschaftsbond Lëtzebuerg"

Herausgeber für den OGB♦L:

John Castegnar

60, bd. J.F. Kennedy ♦ Esch/Alzette

B.P. 149 ♦ L-4002 Esch/Alzette

Editeur responsable pour la Belgique:

Raymond Thirion

Section des Frontaliers belges

10, rue Général Molitor ♦ Boite 25 ♦ B-6700 Arlon

INTERNET: <http://www.ogb-l.lu> / e-mail: ogb-l@ogb-l.lu

Tel.: 54 05 45-1 ♦ Fax: 54 16 20

Die gezeichneten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Die Redaktion behält sich Kürzungen der Beiträge vor.

Les articles signés ne reflètent pas nécessairement la position de la rédaction. La rédaction se réserve le droit d'abrégé les textes.

Chefredakteur: Chantal Boly - chantal.boly@ogb-l.lu

Koordination: Maguy Baasch - maguy.baasch@ogb-l.lu

Layout: James Vallad - james.vallad@ogb-l.lu

Druck ♦ Impression: Techprint, Esch/Lankelz

OGB♦L - Sektoun Duelem

invitéiert op hire Fuesbal mam Orchester "Erny a Pol" an de Café "A Mackels" op Fëlschdrëf Freides, den 1. Februar 2002
Entréesbilljee mat Gratistombola
Virverkauf: 3.- €
Kees: 4.- €

Bal Anno Tubak Revival

Kulturfabrik Esch
Samsdeg, den 9. Februar 2002
vun 21.00 Auer un mat de Gruppen
The Swamptones (Cajun an Zydeco,
New Orleans Rhythm'n Blues)
Karandila
(10 Mann-Zigeiner-Brass-Orchester)
Virverkauf: 12,5.- € op allen
bekannten Virverkaafsplaazen vun
der Kulturfabrik

OGB♦L Bascharage

Sprechstunden:
Dienstag und Donnerstag
von 17.00 bis 19.00 Uhr
Mittwoch
von 18.30 bis 20.30 Uhr
Samstag
von 10.00 bis 12.00 Uhr

Die Big Music Band 2001

sucht Musikanten
Interessenten (alle Instrumente)
sollen sich bitte mit Dirigent
Christian Wanderscheid unter der
Telefonnummer 54 43 91 oder
der GSM-Nr. 021- 731 409 in
Verbindung setzen

Section Steinsel

Bal de Carnaval
OGB♦L / LSAP
Samedi 9 février 2002 à 21h00
au Centre de Loisirs (Al Basketshal)
avec l'Orchestre "The Little Band"

Section Walferdange

Kannerbal
Dimanche 10 février 2002
de 15h00 à 18h00
au Centre Prince Henri
à Walferdange
Orchestre : Butterfly
Animation par un clown

Les paramètres sociaux en

Nous publions ci-dessous les montants officiels des paramètres sociaux valables à compter du 1er janvier 2002 en euros (indice 590,84).

MINIMA ET MAXIMA COTISABLES

Salaire social minimum mensuel (SSM)		salaire horaire	1. 290, 22
Minimum cotisable actifs (tous les régimes)			
à partir de 18 ans accomplis non qualifié	100%	7,46	1. 290, 22
de 17 à 18 ans	80%	5,97	1. 032, 17
de 15 à 17 ans	75%	5,59	967, 66
à partir de 18 ans accomplis qualifié	120%		1. 548, 26
Minimum cotisable pensionnés (assurance maladie)	130%		1. 677, 28
Maximum cotisable (tous les régimes)			6. 451, 09

ASSURANCE PENSION

Pension minimum personnelle	1. 108, 10
Pension minimum de conjoint survivant	898, 79
Pension minimum d'orphelin	299, 60
Pension personnelle maximum	5. 130, 08
Seuil inférieur anti-cumul pension + revenu	1. 477, 46
Seuil inférieur anti-cumul conjoint survivant	1. 846, 83
Revenu professionnel immunisé	820, 81

ALLOCATIONS FAMILIALES

1 enfant	168, 15
2 enfants	399, 28
3 enfants	727, 26
4 enfants	1. 055, 00
5 enfants	1. 382, 85
Majoration d'âge par enfant âgé de 6 à 11 ans	14, 65
Majoration d'âge par enfant âgé de 12 ans et plus	43, 96
Allocation spéciale supplémentaire	168, 15

ALLOCATIONS D'ÉDUCATION

Montant plein 100%	439, 41
Montant réduit à 50%	219, 67
Revenu professionnel pris en compte en cas d'activité des deux parents:	
1 enfant à charge	3. 870, 65
2 enfants à charge	5. 160, 87
> 2 enfants à charge	6. 451, 09

Les paramètres sociaux

Nous publions ci-dessous les montants officiels des paramètres sociaux valables à compter du 1er janvier 2002 en euros (indice 2002=100).

ALLOCATIONS DE RENTRÉE SCOLAIRE	par enfant âgé de 6 à 11 ans		
	- 1 enfant		102, 51
	- groupe de 2 enfants		175, 77
	- groupe de 3 enfants et plus		248, 98
	par enfant âgé de 12 ans et plus		
	- 1 enfant		146, 47
- groupe de 2 enfants		219, 67	
- groupe de 3 enfants et plus		292, 94	
ALLOCATIONS DE NAISSANCE	3 tranches à		525, 49
ALLOCATIONS DE MATERNITÉ	16 semaines à		175, 77
CONGÉ PARENTAL	indemnité forfaitaire mensuelle		
	- congé à plein temps		1. 611, 10
	- congé à temps partiel		805, 55
REVENU MINIMUM GARANTI (RMG) ET AUTRES PRESTATIONS MIXTES	(versés sous conditions de ressources)		
	Montant par mois - 1ère personne adulte		919, 05
	- communauté domestique de 2 personnes adultes		1. 378, 55
	- personne adulte supplémentaire		262, 92
	- enfant		83, 60
	- majoration pour impotence		527, 27
	Allocation pour personnes gravement handicapées		527, 27
Allocation de soins		527, 27	
ASSURANCE DÉPENDANCE	Valeur monétaire pour les établissements d'aides et de soins	par heure	34, 50
	Valeur monétaire pour les réseaux d'aides et de soins	par heure	45, 30
	Produits nécessaires aux aides et soins	par mois	43, 96
	Abattement assiette cotisable - 25% SSM non qualifié de 18 ans		322, 55

Anmerkungen zur Einführung des Euro und zur sozialen und wirtschaftlichen Lage

Soziale Umverteilung und kontinuierliche Lohnpolitik sind gerade jetzt notwendig!

Eine große Leistung

Der Beginn des Jahres 2002 war eindeutig von der Einführung der Euro-Geldscheine und -münzen geprägt. Der Übergang zu der neuen Währung klappte gut, dies nicht zuletzt dank des Einsatzes und der kompetenten Arbeit der Arbeitnehmer, die in den Betrieben die Umstellung durchführten. Besonders gilt es hier die Leistung der Beschäftigten im Handel, im Gaststättengewerbe, in den Banken, bei den Sicherheitsdiensten, den Busunternehmen, der Post und der Eisenbahn hervorzuheben. Die Umstellung auf den Euro brachte ganz besonders für viele Beschäftigten in diesen Bereichen eine große Mehrbelastung und eigentlich müsste es eine Selbstverständlichkeit für die Arbeitgeber in diesen Bereichen sein, den Einsatz ihrer Mitarbeiter auch entsprechend zu würdigen.

Die Preisentwicklung wirksam kontrollieren

Die zweite Etappe bei der konkreten Umstellung auf den Euro ist nun die Kontrolle der Preisentwicklung. Das Vertrauen der Bürger in die neue Währung ist wesentlich davon abhängig, dass es nicht zu ungerechtfertigten Preiserhöhungen kommt. Deshalb ist eine konsequente Preiskontrolle nicht nur jetzt sondern auch noch in den nächsten Monaten notwendig. Hierbei sind besonders die Regierung und ihre zuständigen Verwaltungen gefordert, aber auch der Konsumentenschutz und die Berufsorganisationen der Arbeitgeber, denen es obliegt für die notwendige Disziplin ihrer Mitglieder zu sorgen und Verstöße gegen die in der Euro-Charta eingegangenen Verpflichtungen zu ahnden.

Mehr wirtschaftliche Stabilität durch den Euro

Dass die Einführung des Euro wirtschaftspolitisch durch die größere Stabilität gegenüber wirtschaftlichen Krisen in anderen Teilen der Welt ein Erfolg darstellt, ist seit der Asien- und Russlandkrise der letzten Jahre gewusst, und wird jetzt anlässlich der Krise in Argentinien noch einmal unterstrichen. Angesichts der starken Präsenz spanischer Unternehmen in Argentinien ist die spanische Wirtschaft stark von der argentinischen Krise betroffen und es ist sehr wahrscheinlich, dass die alte spanische Währung dem argentinischen Schock nicht stand gehalten hätte.

Für eine koordinierte, europaweite Politik zur Ankurbelung der Wirtschaft!

Die Umstellung auf den Euro findet allerdings in einem wirtschaftlich ungünstigen Umfeld statt. Das Jahr 2001 war durch einen Rückgang, eine Verlangsamung der wirtschaftlichen Entwicklung gekennzeichnet, die durch die terroristischen Anschläge in den USA und den daraus folgenden kriegerischen Auseinandersetzungen, aber auch durch die gespannte politische Situation im Nahen Osten und zwischen Indien und Pakistan noch verschärft wurde. Dieses wirtschaftliche Umfeld wird leider auch dazu benutzt, um im Zuge der Globalisierung der Weltwirtschaft weitere Restrukturierungen und Fusionen, die meistens mit der Vernichtung von Arbeitsplätzen einhergehen, durchzuführen. Es wird über weitere Strukturreformen, sprich über weitere Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher und sozialer Dienste geredet.

Jean-Claude Reding
Generalsekretär



Die sozialen Sicherheitssysteme in der europäischen Union sollen modernisiert, sprich verschlechtert werden und es wird wieder über Lohnmäßigung geredet. Genau dies ist aber in der augenblicklichen Konjunktur der falsche Weg. Notwendig ist vielmehr ein koordinierter europäischer Plan um die Konjunktur wieder anzukurbeln. Dies bedingt eine hohe öffentliche Investitionsquote - die Bedürfnisse in den Bereichen Bildung und Ausbildung, Gesundheit und Soziales, öffentlicher Transport und Umweltschutz sind in allen Ländern der europäischen Union vorhanden -, den Ausbau und nicht den Abbau sozialer Dienstleistungen, eine Sozial- und Steuerpolitik, die besonders den einkommensschwächeren Leuten zu gute kommt und eine Lohnpolitik, die die Kaufkraft erhält und Realloohnerhöhungen beinhaltet, die zumindest mit der durchschnittlichen gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsentwicklung Schritt halten. Für eine solche Sozial- und Wirtschaftspolitik und für ein starkes nationales und europäisches Arbeitsrecht setzt sich der europäische Gewerkschaftsbund ein und haben 100 000 Gewerkschaftler im Dezember 2001 in Brüssel demonstriert.

Kein Verständnis für die Appelle zur Lohnmoderation und für Sozialabbau durch die Schaffung einer Zweiklassenmedizin

Die genannte Ausrichtung der Sozial- und Wirtschaftspolitik gilt für den OGB♦L auch für Luxemburg und deshalb reagieren wir sofort bei den geringsten Angriffen auf unser Indexsystem. Deshalb haben wir auch kein Verständnis für das Verständnis des Gesundheitsministers für die Forderung der Spitzenfunktionäre der Ärztevereinigung nach einer Teildekonventionierung und damit einer Zweiklassenmedizin. Deshalb haben wir ebenfalls kein Verständnis für die Appelle des Staatsministers zur Lohnmäßigung. Im Gegenteil, auf Grund der negativen Entwicklung in den 90er Jahren in puncto Verteilung des geschaffenen Reichtums und des unverhältnismäßigen

Wachsens der Spitzengehälter in der Wirtschaft besteht grundsätzlich ein Nachholbedarf und dies in allen Sparten unserer Wirtschaft.

Vor 25 Jahren wurde das "Modell Luxemburg" geboren

Die Tripartite: ein festes Forum für den Sozialdialog

Am 24. Dezember 1977 stimmte das Parlament ein Rahmengesetz, mit dem, auf Druck der Gewerkschaften - und ganz besonders des OGB♦L/LAV - durch die Schaffung der Dreierkonferenz und des Koordinationskomitees, ein nationales Instrument für Wirtschaftswachstums- und Beschäftigungspolitik geschaffen wurde.

Um an die Entstehung des "Luxemburger Modells" zu erinnern, organisiert der OGB♦L in den kommenden Wochen ein grosses

RUNDTISCH-GESPRÄCH

mit den Akteuren von damals und heute.

Das genaue Datum und weitere Details werden in der Presse mitgeteilt.

Euro-Manifestation à Bruxelles



100.000 manifestants pour une Europe sociale: plein succès pour l'Euro-manifestation de la CES, le 13 décembre 2001

Une fois de plus la Confédération Européenne des Syndicats (CES) a exprimé ses revendications à la veille du Sommet de Laeken. Ainsi 100.000 manifestants ont suivi l'appel de la CES et ont défilé pacifiquement dans les rues de Bruxelles pour une Europe sociale des travailleurs.

Le Comité Exécutif de la CES qui a eu lieu le 14 décembre s'est félicité de l'énorme succès qu'a rencontré la manifestation.

Nous nous sommes mobilisés à l'occasion du Conseil Européen de Laeken afin que l'Union décide

- de la constitution d'un véritable " Gouvernement économique ", en contrepoids de la Banque Centrale, capable de réaliser la coordination indispensable des politiques économiques et budgétaires des pays membres
- de mettre fin à la spirale de concurrence fiscale entre pays par l'introduction d'un taux minimal d'imposition pour les entreprises et les revenus du capital
- de dégager les ressources nécessaires à soutenir les actions pour la création d'un plus grand nombre d'emplois et de meilleurs emplois.

Mais nous voulons aussi plus d'Europe pour sauvegarder et développer notre modèle social. Cela est plus que jamais nécessaire, au moment où l'Union est en train de s'élargir à d'autres pays. L'élargissement doit être beaucoup plus qu'un simple marché unique étendu.

Nous nous sommes mobilisés à Laeken pour une Europe sociale et solidaire à travers :

- La garantie de services publics de qualité
- La sauvegarde des systèmes de protection sociale
- L'extension des droits des salariés dans les entreprises
- La promotion de l'égalité entre hommes et femmes, à commencer par l'égalité salariale
- L'amélioration de la santé et de la sécurité dans l'environnement de travail.
- La lutte contre la pauvreté, l'exclusion et contre toute forme de discrimination.

Nous voulons aussi une Europe qui prenne toutes ses responsabilités par rapport au monde.

S'appuyant sur son modèle social, l'Union peut et doit contribuer à maîtriser une globalisation aujourd'hui débridée pour ouvrir la voie à une mondialisation axée sur un vrai développement des peuples, sur la justice sociale et sur le respect des droits humains.

Pour relever tous ces défis, nous avons besoin d'une Europe indépendante et forte.



de la CES

le 13 décembre 2001

Nous nous sommes mobilisés à Laeken:

- afin que le Conseil Européen décide d'un agenda des réformes pour rendre les institutions plus efficaces et démocratiques dans la prise de décisions : par l'adoption à la majorité qualifiée comme règle générale, tant en matière d'emploi que de politique sociale, fiscale et environnementale ; par plus de pouvoir législatif au Parlement Européen, par la reconnaissance d'un rôle accru des syndicats et des partenaires sociaux .
- pour la construction d'une Europe démocratique et citoyenne. La Charte des Droits Fondamentaux renforcée dans les dispositions en matière des droits sociaux et syndicaux, doit avoir valeur légale et être intégrée dans la future Constitution de l'Union.



BOCKSTAEEL



Nous voulons de Laeken :

- Plus d'Europe : pour un plein emploi... de qualité
- Plus d'Europe: pour une société solidaire, sans discrimination ni exclusion
- Plus d'Europe : pour maîtriser la mondialisation, au service du développement, de la justice sociale, de la paix.

Le président du Conseil Régional de Lorraine a reçu le CSI SLLTPO

Le 14 décembre dernier, une délégation du Conseil Syndical Interrégional (CSI) a rencontré le président du Conseil Régional de Lorraine, Gérard Longuet, pour lui remettre la déclaration des organisations syndicales de la Grande Région rédigée à l'occasion du Sommet de la Grande Région qui a eu lieu le 12 novembre 2001. La délégation du CSI était composée de: Jean-Claude Reding de la CGT-L/OGB•L, Denis Fave de la CGT-Lorraine, Madeleine Thiebaut de FO-Lorraine, Jean-Marc Mohr de la CFTC-Lorraine et Eugen Roth du DGB-Sarre.

Lors de la réunion, les représentants des organisations syndicales ont pu

avoir un échange de vues avec le président du Conseil Régional de Lorraine concernant le Sommet de la Grande Région. Les représentants syndicaux ont souligné l'importance du rôle du Comité Economique et Social de la Grande Région (CESGR) qui doit disposer d'un secrétariat permanent afin qu'il puisse jouer son rôle dans la Grande Région, notamment en ce qui concerne le dialogue social dans la Grande Région. Ils ont également réitéré leur soutien quant au renforcement et à la pérennisation de l'Observatoire Interrégional de l'Emploi comme instrument d'analyse du marché du travail interrégional.

Les possibilités d'une coopération interrégionale dans la formation initiale et continue, dans la politique universitaire et la recherche ont aussi été discutés lors de cette rencontre.

Dans le cadre du développement européen de la politique sociale, les syndicats ont exprimé leur inquiétude quant aux risques de dumping social.

Cette rencontre s'inscrivait dans une suite logique de rencontres qui ont eu lieu ces derniers mois entre les organisations syndicales de la Grande Région et les représentants politiques de la Grande Région.



1er mai 2002 à Thionville et une politique plus concrète pour la Grande Région

Le 27 novembre 2001 a eu lieu la réunion du Présidium du Conseil Syndical Interrégional Sar-Lor-Lux-Trèves/Palatinat Ouest (CSI SLLTPO) au bâtiment Jean Monnet (Commission Européenne) à Luxembourg-Kirchberg.

Lors de la réunion, les euroconseillers syndicaux ont exposé les problèmes que rencontrent les travailleurs frontaliers de la Grande Région. Les thèmes suivants ont retenu plus particulièrement leur attention: la double imposition de certains chauffeurs routiers, l'utilisation abusive du statut de frontalier, la lenteur administrative dans le traitement transfrontalier des dossiers au

niveau de la protection sociale et l'accroissement des problèmes en liaison avec le détachement des travailleurs.

Dans son bilan du Sommet de la Grande Région qui a eu lieu le 12 novembre à Mondorf-les-Bains, le CSI SLLTPO revendique une volonté politique plus concrète et articulée de la part des responsables politiques de la Grande Région. Le volet social doit être renforcé et acquérir plus d'importance. Le CSI réitère son soutien au Comité Economique et Social de la Grande Région (CESGR) et à l'Observatoire Interrégional de l'Emploi qui doivent devenir des organes fonctionnels

dans la Grande Région. Le CESGR a fait ses preuves et il doit disposer d'un secrétariat permanent et de moyens de fonctionnement appropriés.

Le CSI SLLTPO a également élaboré son plan d'activité 2002-2003 qui met l'accent sur la politique de l'emploi, la formation professionnelle initiale et continue, l'enseignement supérieur et la recherche dans le cadre de la collaboration interrégionale.

Finalement, le Présidium a décidé que la manifestation interrégionale du 1er mai de l'année 2002 aurait lieu à Thionville.

OGB♦L-ACAL

Deutsche Grenzgängersektion gegründet



In Anwesenheit der Exekutivmitglieder der ACAL Mett Waldbillig, Fränz Dahm und Hubert Hollerich, wurde am 24. November 2001 im Ratskeller in Konz bei Trier eine Sektion für deutsche Grenzgänger des OGB♦L-Transportsyndikats gegründet.

Vor über 50 erschienenen Mitgliedern ging der stellvertretende Vorsitzende der ACAL, Mett Waldbillig, kurz auf den Wechsel der ACAL vom Eisenbahnverband zum OGB♦L ein. Der Zentralsekretär Hubert Hollerich referierte anschließend über das Problem der Doppelbesteuerung der deutschen Grenzgänger, die im Transportgewerbe beschäftigt sind sowie über den aktuellen Stand der Kollektivvertragsverhandlungen für die Lkw-Fahrer.

Grünes Licht gaben die versammelten Mitglieder der Gewerkschaft zur Unterzeichnung eines so genannten Übergangskollektivvertrag für die Lkw-Fahrer, der einige Verbesserungen im Geltungsbereich, im Lohn und in den Reisespesensätzen vorsieht.

Der Vorstand setzt sich zusammen aus Roland Mosolf aus Konz, Jürgen Breidt auf Damflos und Kurt Gehlen aus Trier. Gegenwärtig sind rund 500 deutsche Transportbeschäftigte im OGB♦L-ACAL organisiert. Die Sektion wird weitgehend unabhängig arbeiten und sich auf allen Ebenen für die Belange der in Deutschland lebenden Mitglieder einsetzen.

Punkteführerschein

OGB♦L – ACAL verlangt endlich Klarheit von Transportminister Grethen

Der OGB♦L-ACAL bezeichnet die Haltung von Transportminister Henri Grethen im Zusammenhang mit der Einführung des Punkteführerscheins als skandalös.

Die Anfang 2000 versprochene enge Beratung mit sämtlichen betroffenen Parteien fand in der angekündigten Form nie statt. Die Konzertierung für ein erstes Gesetzprojekt beschränkte sich auf das Ausfüllen eines Fragebogens. Seither herrscht im Transportministerium totale Funkstille.

Bei der Vorstellung eines abgeänderten Gesetzestextes vor einigen Wochen,

wurde der OGB♦L-ACAL, der die Interessen von immerhin 2400 Berufsfahrern vertritt, nicht ins Bild gesetzt. In einem an den Transportminister gerichteten Brief, verlangt der OGB♦L-ACAL endlich eine Kopie dieses neuen Textes zu erhalten.

Besagtes Schreiben wurde auch vom LCGB gegengezeichnet. Der OGB♦L-ACAL begrüßt das Umdenken der christlichen Gewerkschaft, die nun die Forderungen des OGB♦L spontan unterstützt.

Im selben Zusammenhang unterstreicht der OGB♦L-ACAL erneut seine ablehnende Haltung zur Einführung des Punkteführerscheins, der, bedingt durch seinen ausschließlich repressiven Charakter, negative Folgen für die Berufsfahrer hat, die bis hin zum Arbeitsplatzverlust gehen.

In fünf Sitzungen sowohl im In- als auch im nahen Grenzgebiet haben sich die im OGB♦L organisierten Berufsfahrer ganz eindeutig zu gewerkschaftlichen Aktionen – bis hin zu Blockaden – ausgesprochen, sollte Transportminister Henri Grethen nicht endlich zu einem fairen Dialog bereit



Suite dossier TMB R'Line

Salaires toujours en souffrance

On se rappelle qu'en novembre 2001, malgré l'accord de la société de leasing de débloquer partiellement les comptes bancaires pour le paiement des salaires des chauffeurs, les responsables de TMB, Messieurs André Ide et Philippe Arets s'y étaient catégoriquement opposés.

Cette manière d'agir des deux dirigeants avait aggravé la situation des chauffeurs-routiers de TMB qui, depuis deux mois, étaient sans un sou. Les chauffeurs qui n'étaient plus en mesure de respecter leurs engagements financiers et familiaux à l'approche des fêtes de fin d'année avaient alors

décidé de prendre en otage les camions de la société en les bloquant sur le parking de l'ACAL à Bertrange.

Le 26 novembre, faute de réaction positive de la TMB, l'avocat de l'OGB♦L avait finalement engagé la procédure pour la mise en faillite de la société TMB R'Line.

Il faut noter que les dossiers réclamant les salaires en souffrance sont traités actuellement par la justice.

Nachruf Guy Ross



Als wir am 27. November 2001 die Nachricht vom Tod unseres Kollegen Guy Ross erhielten, konnten wir eigentlich nicht verstehen, wieso gerade er an den Folgen eines Herzinfarktes sterben musste. Hatten wir doch noch Tage vorher zusammen gesessen und voller Dynamik die nächsten Aktionen unseres Transport-Syndikates geplant.

Mit dem Tod von Guy Ross, der bereits am 1.1.1971 der ACAL beigetreten war, verlieren wir nicht nur einen guten Freund, sondern verliert die ACAL auch ihren Präsidenten. Zunächst als Delegierter, später dann als Ausschusspräsident in der Firma Demy Cars, seinem Arbeitgeber, setzte sich Guy stets für die Belange seiner Kollegen ein.

Auf nationaler Ebene, wurden unter seinem Vorsitz als Präsident der ACAL, ein Posten den er übrigens seit 1994 bekleidete, massgeblich Akzente gesetzt mit der Bekämpfung der Schwarzarbeit und dem Einsatz für menschliche Arbeitsbedingungen der Berufsfahrer. Des weiteren war er die treibende Initiativkraft bei der Organisation der in diesem Jahr erstmals stattfindenden "Journée Nationale des Chauffeurs".

Seit zwei Mandatsperioden vertrat Guy, der stets auf der OGB♦L-Liste kandidierte, auch die Interessen der Berufsfahrer in der Arbeiterkammer. Dort ging er anlässlich der letzten Sozialwahlen als Erstgewählter in seiner Gruppe hervor. Daneben war Guy Mitglied der OGB♦L Exekutive und des Nationalvorstandes.

Auch war Guy massgeblich an dem Wechsel der ACAL vom Landesverband zum OGB♦L Anfang dieses Jahres beteiligt. Als Vorsitzender erfüllte es ihn mit Stolz, als das neue OGB♦L-Syndikat ACAL, als repräsentativste Organisation im Bereich des privaten Güter- und Personentransports auf der Straße, seine Arbeit im neuen Sekretariat in Helfenterbrück aufnehmen konnte.

Auch wenn sein Platz jetzt leer bleiben wird, werden wir in seinem Sinne unsere gewerkschaftliche Aktion weiterführen.

Seiner Lebensgefährtin und seinem Sohn entbieten wir unserer tiefstes Mitgefühl.

Aeddi Guy, mir vergiessen Dech nët!

PÉTITION

RETRAITE FRANÇAISE DES TRAVAILLEURS TRANSFRONTALIERS

Les organisations précitées contestent le calcul discriminatoire de la retraite française des travailleurs transfrontaliers.

La pension versée aux retraités de la sécurité sociale en France est calculée en pourcentage du Salaire Annuel Moyen, des meilleures années de carrière cotisées à la Sécurité Sociale et donc travaillées en France.

Jusqu'en 1993, on retenait les **dix meilleures années**. Depuis 1994, en application de la Loi Balladur, le nombre de ces meilleures années a augmenté d'une unité chaque année de manière à atteindre **vingt-cinq** en 2008. Il est ainsi de **dix-huit** en 2001.

L'application de ces nouvelles règles a pour conséquence de faire baisser année **après année le montant des pensions** auxquelles ont droit les nouveaux retraités puisque la prise en compte dans le calcul d'années moins favorables aboutit à faire baisser le salaire annuel moyen.

Elle pénalise plus gravement encore les travailleurs transfrontaliers pour lesquels on retiendra à terme pratiquement toutes les années travaillées en France au lieu de ne retenir que les meilleures. L'esprit général que dégage le Code de la Sécurité Sociale pour rechercher, définir et calculer les meilleures années n'est plus respecté.

Ainsi, dès 2008 :

- Pour un salarié qui aura travaillé 10 ans en France, on retiendra 10 ans.
- Pour un salarié qui aura travaillé 20 ans en France, on retiendra 20 ans ;
- Pour un salarié qui aura travaillé 25 ans ou plus en France, on retiendra 25 ans.

Il est donc nécessaire d'aménager la Loi Balladur pour ne pas léser les travailleurs frontaliers.

Nous demandons une modification des règles de calcul avec une proratisation pour définir une période de référence réduite proportionnelle en fonction des années travaillées en France.

Nom	Prénom	Signature

Couverture Santé et Prévoyance Transfrontalière



L'OGB+L offre à ses membres depuis toujours une multitude de services dans différents domaines. C'est à ce titre qu'en 1997 nous avons signé un accord de partenariat avec la mutuelle M.G.T.L, affiliée aux Mutuelles de France.

Dans le souci de répondre au mieux à vos attentes et à vos besoins en matière de protection sociale, M.G.T.L vous propose aujourd'hui une nouvelle offre mutualiste "SANTÉ-PREVOYANCE" spécialement créée pour votre statut de Frontalier.



Vous êtes intéressé :

il suffit de retourner le coupon réponse
ci-dessous dûment complété à
M.G.T.L - BP 90 - 54190 VILLERUPT

Vous avez des questions :

n'hésitez pas à contacter un(e) des
conseiller(e) mutualiste M.G.T.L au
03 82 89 20 03

COUPON RÉPONSE À RETOURNER À : M.G.T.L - BP 90 - 54190 VILLERUPT
Je souhaite recevoir le document "Couverture Santé et Prévoyance Transfrontalière"

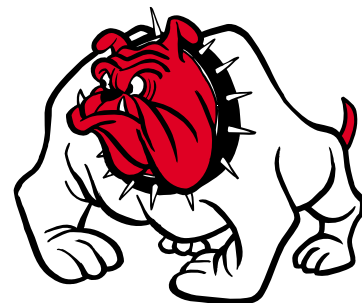
Régime Local Régime Général

Mr Mme Prénom

Adresse

Code postal Ville

Chiennne de Vie



“ EUROMANIA ”

Depuis plusieurs mois, l'EURO a pris une grande place dans l'actualité, et depuis le 1er janvier 2002, tous les pays de la zone EURO utilisent désormais la nouvelle monnaie unique. Il est vrai que c'est un tournant historique pour l'Union Européenne.

Fallait-il oui ou non, l'EURO ? La question de l'opportunité politique de l'EURO fait partie désormais de l'histoire.

L'EURO sera-t-il une réussite pour la construction européenne ? L'avenir devrait nous le confirmer dans les semaines et mois à venir, mais à quel prix ?

La mise en place de l'EURO a pesé lourdement pour les salariés. Il faut se remémorer pour cela, les critères de convergence de Maastricht qui ont conduit les gouvernements des différents pays de l'Europe à une politique d'austérité au niveau des dépenses publiques. Rappelons-nous le plan " Juppé " en France qui a engendré les grandes grèves fin de l'année 1995. Il faut également se rappeler que l'Observatoire européen (organisme de la commission de Bruxelles) a reconnu dans un document (N°11 du mois de mai 995) les ravages sociaux de la monnaie unique. Là, il n'est plus question de prospérité, de plein emploi, et de justice sociale. Il y est écrit :

" En choisissant un modèle inédit d'une monnaie centralisée, le modèle choisi est porteur intrinsèquement de dérégulations sociales. Le principe variable d'ajustement sera le social. Une autre caractéristique de l'Union monétaire est qu'elle facilitera la comparaison des niveaux de salaires, des coûts salariaux et d'allocations pour les entreprises et gouvernements. Elle permettra d'exercer une pression sur les syndicats afin qu'ils acceptent des niveaux de salaires et d'allocations inférieurs au nom du maintien de la compétitivité ".

L'union monétaire, pour les salariés, ne devait pas être synonyme de dérégulation sociale, mais elle l'est pour l'Europe de la finance.

L'EURO a eu et aura un coût, et ce sont uniquement les travailleurs qui ont fait les frais de la monnaie unique.

Quoiqu'il en soit, les financiers quels qu'ils soient ne doivent pas oublier que l'EURO ne pourra pas être viable sans le concours de la première force vive de l'Europe, les travailleurs.

Bonne et euro's année 2002.

Philippe Manenti

**DEPARTEMENT
DES IMMIGRES
ASSEMBLEES GENERALES**

REGION SUD

vendredi, 8 février, 20h00
Maison syndicale de Differdange
Orateur: Carlos PEREIRA

REGION DUDELANGE

samedi, 16 février, 20h00
Maison syndicale de Dudelange
Orateur: Eduardo DIAS

REGION NORD

samedi, 16 février, 20h00
Ancienne Ecole Hotelière de Diekirch
Orateur: André ROELTGEN

REGION MOSELLE-SURE

samedi, 23 février, 20h00
Centre Culturel de AHN, à AHN
Orateur: Eduardo DIAS

REGION CENTRE

samedi, 2 mars, 20h00
Casino syndical de Bonnevoie
Orateur: RENE PIZZAFERRI

**PARTICIPEZ POUR RENFORCER
LE DIALOGUE SOCIAL**



Ouça a
todas as 3as Feiras
entre as 19H00 e as 19H30
Programa "OS VOSSOS DIREITOS"

EDUARDO DIAS
esclarece e responde às questões dos ouvintes
sobre as leis sociais e do trabalho

Pode colocar as suas questões através do telefone 54 94 18
ou escreva para **Radio Amizade**
Programa "Os Vossos Direitos"
45, rue du Canal L-4050 ESCH/ALZETTE

Radio Norte

RADIO INTERCULTURAL

103.9 FM

às Quartas-feiras
entre as 19H15 e as 20H00

"ASSIM É QUE NÓS NOS ENTENDEMOS "

António Ferreira em conversa com EDUARDO DIAS

Para informar e esclarecer os ouvintes
sobre as leis sociais e do trabalho

Tome nota das datas das próximas emissões:
6 e 20 de Fevereiro
13 e 27 de Março

Se quer participar, telefone (80 45 15 ou 80 45 16)
ou escreva-nos!

"O Mundo do Trabalho"

TODOS OS SABADOS
entre as 9h30 e as 10h00

na **RADIO LATINA**

101.2 e 103.1 FM

Um programa da OGB♦L
para todos os trabalhadores
com o melhor da Música

Para estar bem informado sobre as realidades económicas
e sociais do Luxemburgo e da Europa

**OUÇA AS NOSSAS EMISSÕES
FAÇA AS SUAS SUGESTÕES OU CRITICAS
LIGUE PARA O TELEFONE 1363**

A
Z
Z
O
Z
C
E
S



John Castegnaro
Président

2002 : Une année difficile ?

L'euro est devenu réalité : avec lui, le point de non-retour a été atteint en termes de construction européenne. La monnaie unique de plus de 300 millions d'Européens offre certes plus de chances que de risques, mais il faut satisfaire les attentes de l'ensemble des Européens et ce dans tous les domaines. Loin d'être un but en soi, l'UE doit être au service des hommes et de leur bien-être. Cela vaut pour l'UE d'aujourd'hui, pour l'UE élargie de demain et pour les espoirs que plusieurs centaines de millions d'hommes placent en elle.

100 000 manifestants à Bruxelles

Imposante, la manifestation de masse organisée en décembre dernier par la CES (Confédération européenne des syndicats) s'est aussi déroulée dans le calme. Une fois de plus, elle a mis l'accent sur le social et a condamné le manque de vision et d'actions sociales dans la construction et l'élargissement de l'Europe. Chacun des citoyens de l'Union européenne actuelle et future doit posséder suffisamment d'euros pour ne pas tomber dans l'exclusion sociale ou pour pouvoir s'en sortir. Pour cela, il faut lutter résolument contre le chômage massif et la pauvreté et faire en sorte que les systèmes de sécurité sociale existants soient maintenus, et là où ils sont partiellement ou totalement inexistantes, qu'ils soient amenés au plus haut niveau.

Naturellement, l'Europe doit également devenir plus démocratique. Sur le plan politique, mais aussi économique. La démocratie politique et la démocratie économique font partie des droits fondamentaux de l'homme et devront par conséquent nécessairement figurer dans une constitution européenne.

2002 commence bien

Chez nous, les premières semaines de la nouvelle année ont déjà été marquées par des décisions importantes et des déclarations dangereuses.

Grâce à l'initiative de l'OGB•L, l'allocation de chauffage sera reconduite et ce, sous une forme améliorée ! Les syndicats ont eu le mérite d'amener la tripartite sidérurgique qui s'est tenue le 9 janvier 2002 à prendre enfin des décisions claires dans l'intérêt de l'ensemble des salariés de la sidérurgie et de son maintien au Luxembourg. Ceci, grâce à la journée d'action du 21 novembre 2001 et au préavis de grève générale lancé pour le 1er février 2002. " L'Union fait la force " et les syndicats devraient par conséquent en tirer les leçons.

Moins réjouissante, la nouvelle atteinte portée à l'indexation de nos revenus. L'OGB•L est la seule organisation à avoir réagi directement, sans ambages et avec force. L'indexation actuelle est un minimum absolu et il est hors de question d'y toucher. L'OGB•L a eu la même réaction face à la tentative des médecins d'initier un déconventionnement (même partiel). L'attitude du Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale est déplorable. Pour l'OGB•L, c'est une question de principe parce que l'égalité des chances de tous les citoyens est indissociable de la question des soins de santé. Un déconventionnement même partiel signifie une médecine à deux vitesses, un renchérissement de la médecine et un encouragement aux assurances privées complémentaires, ainsi que le risque de démantèlement de notre système de sécurité sociale qui a fait ses preuves. L'OBG-L a répondu à cette dérive par un NON franc et définitif. Et pour corser le tout, voilà que le Premier ministre annonce un débat sur la modération salariale ...

Evolution de l'économie et du marché du travail

Tout le monde sait que l'économie tourne partout au ralenti, même si la croissance au Luxembourg s'est stabilisée à un niveau somme toute encore relativement élevé. L'alarmisme n'est pas de mise. Si le chômage augmente visiblement, c'est aussi le cas de l'emploi. La transparence des chiffres est par conséquent une priorité absolue si l'on veut empêcher les

conclusions erronées ou les réactions disproportionnées. Les 733 faillites enregistrées en 2001 et la disparition de 1.669 emplois (concernant e.a. 1.054 travailleurs frontaliers) confirment la catastrophe annoncée de longue date par l'OGB•L et exigent des politiques qu'ils prennent enfin les mesures qui s'imposent. Les attaques visant les initiatives en faveur de l'emploi sont regrettables. L'"Objectif Plein Emploi" mis en place par l'OBG-L et ses partenaires de l'ASJ (Action Sociale pour Jeunes) a permis à quelque 4.000 personnes de trouver du travail ou de bénéficier d'une formation, au cours des dernières années. Ceci pourrait constituer une incitation à la réflexion pour tous ceux qui ne songent qu'à leur propre confort et à leurs intérêts personnels au lieu de penser en termes de travail pour tous !

La tripartite a 25 ans

C'est en 1977 que la tripartite a été créée par la loi après que le LAV (l'actuel OGB•L), la CGT, puis l'ensemble des syndicats aient réclamé cet instrument en 1976 en guise d'offensive contre le chômage de masse. Un " plan d'action en faveur de la croissance économique et du plein emploi " a été élaboré au sein d'une instance tripartite. Ce plan a servi de base à la loi adoptée le 24 décembre 1977 qui mettait en place le comité de coordination de la tripartite et créait les fondements légaux de l'offensive menée en faveur de la croissance et du plein emploi. Le " modèle luxembourgeois " était né.

Un OGB•L plus fort

Aucun autre syndicat n'a jamais été aussi fort que l'OGB•L. Avec plus de 51 000 membres et un effectif de 72 personnes, nous sommes présents partout. Notre professionnalisme est le garant d'un bon travail syndical. L'OGB•L, une " force tranquille " qui connaît sa responsabilité et les assume. Sans populisme, mais dans un esprit de solidarité, dans l'intérêt du pays, de ses membres et de toutes les personnes vivant et travaillant ici.

Bref, un syndicat puissant.

Remarques concernant l'introduction de l'euro
et la situation économique et sociale

Jean-Claude Reding
Secrétaire général



La redistribution sociale équitable et une politique tarifaire continue sont maintenant plus que jamais nécessaires

Un véritable tour de force

Le début de l'année 2002 a été incontestablement placé sous le signe du lancement sur le marché des pièces et des billets en euro. Le passage à la nouvelle monnaie s'est fait sans encombre et ce notamment grâce à l'engagement et à la compétence des travailleurs ayant participé au sein des entreprises à la mise en œuvre pratique. Il s'agit ici notamment de souligner les prouesses accomplies par ceux et celles travaillant dans le commerce, la restauration, les banques, les services de gardiennage, les entreprises de transport par bus, à la poste et enfin aux chemins de fer. Le passage à l'euro a entraîné un surcroît de travail important pour de nombreuses personnes occupées dans ces secteurs et de fait, il serait en l'occurrence de bon ton que les patrons de ces secteurs honorent les prestations accomplies par leurs collaborateurs.

Contrôler efficacement l'évolution des prix

La deuxième étape dans le processus de mise en application pratique de l'euro consiste maintenant à contrôler l'évolution des prix. La confiance des citoyens dans la nouvelle monnaie dépend essentiellement du fait que cela ne débouche pas sur des augmentations de prix injustifiées. C'est la raison pour laquelle un contrôle des prix conséquent est nécessaire non seulement maintenant mais également dans les prochains mois. Un appel est donc lancé tout particulièrement au gouvernement et à ses administrations compétentes, mais également à l'Union des consommateurs et aux organisations patronales auxquelles il incombe de veiller à la nécessaire discipline de leurs membres et de sanctionner les manquements aux engagements contractés dans le cadre de la Charte de l'euro.

Davantage de stabilité économique au travers de l'euro

Que l'introduction de l'euro ait été un succès économique étant donné la stabilité accrue face aux crises économiques sévissant dans d'autres parties du monde, est un fait démontré à la lumière des crises ayant frappé ces dernières années l'Asie et la Russie. Ce constat s'impose une fois de plus à l'occasion de la crise actuelle en Argentine. Compte tenu de la forte présence d'entreprises espagnoles dans ce pays, l'économie espagnole est durement touchée par la crise qui y sévit et il est fort probable que l'ancienne monnaie espagnole n'aurait pas été en mesure de résister au choc argentin.

A NOSSA VOZ FOI OUVIDA!



Entrevista com o
Presidente da
Assembleia da
República

O tempo de tropa é enfim reconhecido para efeitos de reforma, mas unicamente aos ex-combatentes, ou seja todos os militares que estiveram numa antiga colónia portuguesa em guerra (Angola, Guiné, Moçambique, Índia...)

No dia 19 de Dezembro, uma delegação das comissões do Luxemburgo, da França e da Alemanha, foi recebida pelo Presidente da Assembleia da República, Dr. Almeida Santos, para apresentar as nossas reivindicações e entregar as petições com mais de dez mil assinaturas.

A situação política do momento, não foi favorável a um diálogo à altura das nossas aspirações. O Doutor Almeida Santos, Presidente da Assembleia da República, comprometeu-se a que o diploma em estudo referente à situação dos ex-militares, fosse posto à votação na última sessão da VIII legislatura, que teve lugar no dia 20 de dezembro, e onde foi aprovada.

Os deputados tiveram conhecimento desta lei escassas horas antes da sua aprovação por unanimidade.

Não estando de acordo com certos aspectos do diploma, conseguimos impor unicamente que no artigo 9º figurasse que os requerimentos para contagem do tempo do serviço militar pudessem transitar pelos Consulados.

Denunciamos o facto de este diploma ser contrario à lei militar de 1937, que é a base da nossa reivindicação, porque abrange unicamente os ex-

combatentes e não todos os ex-militares e exige uma contribuição financeira.

Existindo a lei desde 1937, este diploma deveria regular as modalidades de aplicação e financiamento dos regimes de reforma.

Em vez disso, o governo faz aprovar ao empurrão um texto de exclusão de uma parte dos ex-militares, com uma ausência total de aspectos procedimentais e dados precisos, que não mais é, que o resultado de uma negociação política à volta da lei de programação militar.

A luta vai continuar!

A Comissão já solicitou uma audiência junto do Sr. Embaixador de Portugal no Luxemburgo, para apresentar a nossa posição sobre o diploma e as nossas propostas sobre os meios de tratar atempadamente os dossiers dos ex-militares deste país.

**MANIFESTAÇÃO
FRENTE AO CONSULADO
Domingo, dia 10 de fevereiro
às 11 horas**

Eduardo Dias

MILITARES

CONTRA A DISCRIMINAÇÃO A NOSSA LUTA DEVE CONTINUAR

Immiqrês

O nosso movimento é representante dos todos os **ex-militares residentes no Luxemburgo** e não apenas dos **ex-combatentes da guerra colonial**. Esta diferença é extremamente importante já que muitos ex-militares não foram combatentes da guerra colonial.

Nós defendemos todos os ex-militares, quer tenham estado ou não nas ex-colónias, quer tenham estado ou não em zonas de combate ou de risco, quer os que fizeram o serviço militar unicamente em Portugal e, também, **os actuais jovens militares cujo tempo de serviço não está a ser contado para efeitos de segurança social.**

Foi nesta base e com o objectivo de fazer com que todos os militares e ex-militares sejam tratados com igualdade e sem discriminações que uma delegação do Luxemburgo composta por Manuel Gomes da Silva, Manuel Bento, Manuel da Silva Gomes, Eduardo Dias e José Ribeiro pela França esteve em Portugal na semana de 17 a 21 de Dezembro.

Fomos recebidos na Assembleia da República, no Ministério do Trabalho e encontramos-nos com delegações da CGTP-IN e da UGT.

Nós queremos a contagem de todo o tempo de serviço militar e não apenas aquele que foi feito nas ex-colónias como pretendem certos saudosistas do passado como são algumas associações de veteranos sediadas em Portugal e um partido da extrema direita (CDS-PP, de Paulo Portas) que apenas fala e utiliza este tema para fins eleitoralistas e cujo projecto apenas contempla alguns períodos de serviço nas ex-colónias.

Lamentamos que tenha sido exactamente o projeto do CDS que foi aprovado pela Assembleia da República e não tenham sido aceites as nossas propostas que foram apresentadas por João Amaral do PCP e defendidas pelo PSD.

PS e CDS estiveram juntos e unidos contra os ex-militares, em particular os emigrantes. De referir que um deputado do PS, António Menezes Rodrigues, ousou mesmo dizer que "os emigrantes podiam bem pagar porque eram uns privilegiados".

Dos deputados pela Emigração nem ouvimos falar. Em vez de sermos informados e apoiados pelos deputados que era suposto nos representarem. Foi o contrário, **não**

fizeram nada e fomos nós quem os informou sobre a lei que veio a ser votada no dia 20 de Dezembro.

Para o nosso Movimento, o problema não é militar, os cidadãos já cumpriram a sua obrigação. Para nós a questão actual é unicamente do domínio da segurança social, como aliás foi o caso no Luxemburgo onde esta questão foi resolvida nos anos 80.

A contagem o tempo de serviço militar vai permitir que os nossos compatriotas possam beneficiar no Luxemburgo e nos outros países da União Europeia da contagem desse tempo para obterem a reforma antecipada.

A lei que foi aprovada vai custar muito dinheiro ao Orçamento Geral do Estado, contrariamente àquilo que nós queríamos e que beneficiava toda a gente.

A lei aprovada vai resolver muitos casos, mas as pessoas vão ter que pagar. Quanto? não se sabe!

A NOSSA VITORIA

Conseguimos que os requerimentos possam ser feitos nos postos coinsulares. Foi uma vitória nossa. Fruto da insistência junto de muitos deputados para que a lei fosse alterada mesmo à última hora. **Agradecemos o empenho do deputado João Amaral do PCP e de José Cesário do PSD** que defenderam as nossas posições até ao fim.

Ganhámos uma primeira batalha, mas ainda falta muito para ganharmos a guerra!

Temos de continuar a lutar. A vossa ajuda e mobilização será preciosa no futuro. Vai haver eleições e nós podemos exigir dos futuros candidatos que mudem a lei para abranger todas as pessoas.

Vamos fazer uma manifestação no dia 10 de Fevereiro (domingo), às 11 horas, frente ao Consulado de Portugal no Luxemburgo.

Queremos que Portugal, como a Espanha, se adaptem à Europa.

Na verdade, todos os países da União Europeia contam o tempo de serviço militar para efeitos de segurança social, com excepção dos dois países ibéricos. Trata-se ainda de uma herança do fascismo que o regime democrático tarda em corrigir.

Venham todos à Manifestação! Tragam as vossas famílias e os vossos amigos!

Domingo, dia 10 de fevereiro, às 11 horas frente ao consulado

Contagem do tempo de Serviço Militar para todos!

Eduardo Dias



Delegação à saída do Ministério do Trabalho e da Solidariedade



Delegação frente à Assembleia da República

Mallorca



Apparthotel Ben Hur

Ideal für den preiswertesten Familienurlaub

Regelmässige Abflugstermine *vom*
23.03. bis 27.10.2002

Preis pro Person: 8 Tage: ab **370** Euro
Kinderermässigung 2-11 Jahre: **50%**

Unsere Leistungen:

Parkschein Findel, Flüge mit Luxair,
ÜF im Hotel, Appartements mit 1
oder 2 separaten Schlafzimmern,
komplette Kücheneinrichtung
und Wohnzimmer.

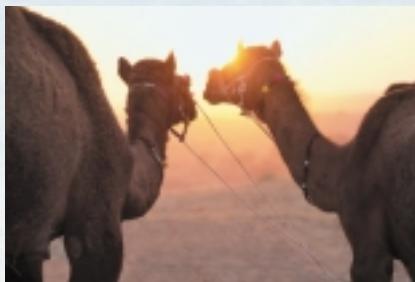


Ein Produkt der **ULT**
Union Luxembourgeoise de Tourisme

Kombinieren Sie
Erholung und Entdeckung
mit unseren neuen

"Strand & Mehr"

-Reisen



Tunesien

Strände, orientalische Städte,
faszinierende
Wüstenlandschaften

Vom 22. bis 29. März 2002
(Osterferien)

Preis pro Person:
im Doppelzimmer: **742** Euro
Einzelzimmerzuschlag: **63** Euro

Vom 12. bis 19. April 2002

im Doppelzimmer: **692** Euro
Einzelzimmerzuschlag: **96** Euro

Unsere Leistungen:

Parkschein Findel, Flüge mit
Luxair, ÜN in 4-Sterne Hotels, 3
Ausflüge, Reisebegleitung ab
Luxemburg, Informations-



Feuriges Andalusien - der Stolz Spaniens

Costa del Sol & Costa de la Luz

Vom 17. bis 24. März 2002

Preis pro Person:
im Doppelzimmer: **743** Euro
Einzelzimmerzuschlag: **173** Euro

Unsere Leistungen:

Parkschein Findel, Flüge mit
Luxair, 3 ÜN mit HP im 4-Sterne
Hotel Cervantes in Torremolinos,
4 ÜF im 4-Sterne Hotel El Fuerte
Conil an der Costa de la Luz, 3
Tagesausflüge, Reisebegleitung
ab Luxemburg, Informations-
material.

Voyages ATOL



 **City Center**

VOYAGES FLAMMANG

1, rue du Commerce • L-3450 Dudelange

Tel.: 52 52 80 • Fax: 52 52 88

e-mail: dudelange@flammang.lu

LE MOT MYSTÉRIEUX

Le mot mystérieux

Chaque lettre trouvée dans une case numérotée doit être reportée dans la case correspondante de la grille-solution du bas.

Chemise de livre	↔	Panorama	↔	Volcan nippon	↔	Se dit d'un puits	↔			
Résistant		Méprises		Informateur		Foyer				Chef à Alger
	↔		↓		↓	3	↓			↓
Dent	↔		8							
Brillé										
	↔			4		Chimiste français	↔	10		
			Pas nobles			Sertissage				
Amoureuses	↔									Liberté
Affreux										
	↔					Personnel	↔			↓
						Toujours pauvre				
Adverbe de temps	↔		1	Mère de Zeus	↔					
Piquent				Inspiratrice						
	↔		9							
Victime		Presser	↔	5						Etable à porcs
		Cap portugais								
	↔					Levant	↔			7
						Base d'un art				
Entreprendra	↔									Mot de liaison
Occitan										Interjection
	↔									
			Débauché	↔	2					
Tarié	↔									6

Ecrivez ici, lettre par lettre, le mot mystérieux

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

A gagner:

- 1^{er} prix : 1 réveil électrique
- 2^e prix : 1 radio
- 3^e prix : 1 calculatrice

Tous les membres de l'OGB♦L, à l'exception de son personnel, sont admis au jeu.

Notez le mot mystérieux sur une carte postale et adressez-la jusqu'au 11 janvier 2002 à:

OGB♦L
Service Information et Presse
B.P. 149
L-4002 Esch/Alzette

ou inscrivez votre réponse sur notre site internet : <http://www.ogb-l.lu> (rubrique jeux).

Si nous recevons plus de réponses correctes que de prix mis en jeu, les gagnants seront départagés par un tirage au sort.

Le mot mystérieux et les noms des trois gagnants seront publiés dans notre prochain numéro.

Les prix peuvent être retirés à la Centrale de l'OGB♦L à Esch/Alzette (bd. Kennedy) auprès de M. Albert Hirtz.

P	J	M	A
M	I	R	A
B	A	V	O
R	A	T	A
L	A	S	M
N	E	T	D
O	C	L	I
B	A	U	D
V	I	V	E
B	O	L	V
I	L	I	E
A	N	E	T
E	S	A	U

UTILITAIRE

11-12/2001 Solution: UTILITAIRE

Putz Hubert, Algrange (F), 1^{er} prix

Mathieu Brigitte, Mosson (B), 2^{ème} prix

Decker Marco, Colmar Berg (L), 3^{ème} prix

KREUZWORTRÄTSEL

Lagerplatz	▽	▽	Erkundung	ursächlich	▽	▽	deutsche Vorsilbe	▽	feste Rede-wendung	Ver-gütung, Honorar	▽	US-Bundesstaat	sportlicher Wett-kämpfer	Kfz-Z. Geisenkirchen						
blaue Alpenblume	▷						Arbeits-einheit beim Film	▷	14			5		16						
hoher engl. Adelstitel			1 Teil des Pilzes	▷			3 spanischer Maler †			Los ohne Gewinn	▷									
▷						Ein-tragungs-liste						20 Komet		8 spanischer Artikel						
Warnton			Vorname des Autors Gorki	▷					15	Gartenwerkzeug		▷	▽	eng-lische Bier-sorte						
▷						7	massiv, plump			▷				4						
▷			18 Energie				voll-ständig	▷						Bücherfreund						
weibliche Märchengestalt	Zeichen vor Bahn-übergängen	▷	▽				17 afrikan. Rund-siedlung			Handlung	▷			dt. TV-Modera-tor (Rup-recht)	mdal.: Flaum-feder					
tiefe Männerstimm-lage	▷									dt. Normen-zeichen (Abk.)			▷	Humus-schicht	2					
▷							6	englisch, span.: mich, mir		Damen-unter-wäsche	▷			13	12					
Boot der Inuit			▷				11							19	unbe-stimmter Artikel					
weit ent-fernt von allem, fernab	▷														Bestel-lung	▷				9

Die Buchstaben der Felder 1 bis 20 ergeben das Lösungswort.

Teilnahmeberechtigt sind alle Mitglieder mit Ausnahme des OGB♦L Personals.

Schreiben Sie das Lösungswort auf eine Postkarte und schicken Sie diese bis zum 11. Januar 2002 an:

OGB♦L-Pressabteilung
Postfach 149
L-4002 Esch/Alzette

oder geben Sie es auf unsere homepage ein:
<http://www.ogb-l.lu> (Rubrik Spiele).

Liegen mehr richtige Einsendungen vor als Preise zu vergeben sind, so entscheidet das Los. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Auflösung und Namen der drei Gewinner veröffentlichen wir in der nächsten Nummer.

Die Gewinne können in der Escher OGB♦L Zentrale (Boulevard Kennedy) bei Albert Hirtz abgeholt werden.

Zu gewinnen sind:

- | | |
|----------|-----------------------|
| 1. Preis | 1 elektrischer Wecker |
| 2. Preis | 1 Radio |
| 3. Preis | 1 Rechenmaschine |

F	C	G	M																
L	I	E	G	E	S	O	F	A	A	M	O	R							
I	N	M	A	R	I	A	N	N	E	S									
V	E	R	T	R	A	U	T	E	R	N	H	I							
S	I	O	H	M	R	B	A	D	E	N									
T	E	A	K	L	L	E	S	E	N	R	N								
L	K	I	D	E	N	W	P	O	E										
A	K	T	I	O	N	S	S	A	L	O	O	N							
R	I	O	R	G	E	D	I	E	G	E	N								
O	K	U	F	E	A	S	H	T	T										
W	O	H	N	U	N	G	K	R	E	I	D	E							
A	S	A	D	F	A	N	A	T	I	K	E	R							

EISBLUME

11-12/2001 Lösung Kreuzworträtsel: EISBLUME

- | | |
|----------------------------|----------|
| Troian Jérôme, Differdange | 1. Preis |
| Becker Irmine, Steinsel | 2. Preis |
| Faber Emile, Steinfort | 3. Preis |

SPRECHSTUNDEN / PERMANENCES

Secrétariats	Responsables	Lundi	Mardi	Mercredi	Jeudi	Vendredi
Esch/Alzette L-4002 60, bd J.F. Kennedy Tél.: 54 05 45-1 Fax: 54 16 20	Antinori A.-M. Molitor Robert Yasmine Lorang	14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs		10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs
Differdange L-4620 4, rue E. Mark Tél.: 58 82 86 Fax: 58 34 56	Müller Gérard		09.00 - 12.00 hrs	14.00 - 17.00 hrs	15.00 - 18.00 hrs	
Dudelange L-3441 31, av. G.D. Charlotte Tél.: 51 50 05-1 Fax: 51 50 05-29	Clees Romain Manderscheid René	14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs	14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs
Luxembourg L-1490 19, rue d'Eprenay Tél.: 49 60 05-1 Fax: 48 69 49	Pereira Carlos Dias Eduardo Carrilho Beatriz Medvescek Jeff		09.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.30 hrs		09.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.30 hrs	
Ettelbruck L-9052 6, rue Prince Jean Tél.: 81 90 01 Fax: 81 97 13	Arndt Frank	09.00 - 11.45 hrs (sur rdv)	08.00 - 11.45 hrs 13.00 - 16.00 hrs	13.00 - 17.00 hrs (sur rdv)	08.00 - 11.00 hrs	
Rodange L-4818 72, av. Dr Gaasch Tél.: 50 73 86 Fax: 50 44 81	Racké Robert Müller Gérard Yvon Moinet		14.00 - 17.00 hrs	09.00 - 12.00 hrs 09.00 - 12.00 hrs		14.00 - 17.00 hrs
Grevenmacher L-6720 4, rue de l'Eglise Tél.: 75 80 35	Clees Romain			15.00 - 18.00 hrs		
Wiltz L-9557 2, rue Michel Rodange Tél.: 95 72 70	Arndt Frank				14.00 - 17.00 hrs	
Bascharage L-4940 143, av. de Luxembourg	Romain Fehr Marcel Haan	17.00-19.00 hrs	18.30-20.30 hrs	17.00-19.00 hrs		Samedi 10.00-12.00 hrs

PERMANENZE IN ITALIANO per pensioni, infortuni, malattia e prestazioni sociali varie

Lunedì	DUDELANGE	Maison Syndicale	Tél.: 51 50 05-22	14.00 - 16.00	
Lunedì	RODANGE	72, av. Dr. Gaasch	Tél.: 50 73 86	17.00 - 18.00	
Martedì	DIFFERDANGE	Maison Syndicale	Tél.: 58 82 86	14.00 - 17.30	
Martedì	WILTZ	2, rue Michel Rodange	Tél.: 95 72 70	14.30 - 18.00	
Mercoledì	ESCH	60, bld Kennedy	Tél.: 54 05 45-236	9.00 - 11.30	
Giovedì	LUXEMBOURG	19, rue d'Eprenay	Tél.: 49 60 05-205	9.00 - 11.30	14.00 - 17.30
Giovedì	ETTELBRUCK	6, rue Prince Jean	Tél.: 81 90 01	14.30 - 18.00	
Venerdì	ESCH	60, bld Kennedy	Tél.: 54 05 45-236	14.00 - 17.30	

SBA
Luxembourg
Tél.: 26 49 69-20

SPÉCIAL FRONTALIERS

Frontaliers français: * Centre Socioculturel (M.J.C.) (1^{er} étage)
31, rue Leclerc - B.P. 41 - F-57390 Audun-le-Tiche
Tél.: (0033) 3 82 50 32 50+
Fax: (0033) 3 82 50 32 53
Mardi et vendredi: 14.00 - 18.00 hrs
Jeudi: 16.00 - 18.00 hrs
* 2, rue des Ecoles - F-57330 Volmerange-les-Mines
Tél.: (0033) 3 82 50 61 51
Lundi: 16.00 - 17.00 hrs
Jeudi: 14.30 - 16.00 hrs
* 8, rue du Cygne - F-57100 Thionville
(bureau de l'union locale CGT)
Tél.: (0033) 3 82 54 27 90
Mercredi: 14.00 - 17.00 hrs

Frontaliers belges: * 80, rue des Martyrs - B-6700 Arlon
Tél.: (0032) 63 23 00 50
Fax: (0032) 63 22 64 32
Jeudi: 09.00 - 12.00 hrs / Après-midi sur RDV
* FGFB rue des brasseurs, 8a - B-Bastogne
Tél.: (0032) 61 21 19 87
Samedi: 09.00 - 12.00 hrs

Deutsche Grenzgänger: * Burgweg 10 - D-54646 Bettingen
Wolfgang Schnarrbach
Tél.: (0049) 6527 - 12 79
Fax: (0049) 6527 - 93 38 61
E-Mail: W.Schnarrbach@T-Online.de

CONSULTATIONS EURES TRANSFRONTALIÈRES

Permanences des Euro-conseillers
Sprechstunden der Euro-Berater



- de l'EURES PED:
Robert Racké à Rodange et à Arlon
- de l'EURES Sarre-Lor-Lux Rhénanie-Palatinat /
der EURES Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz
Romain Clees in Dülzlingen und Grevenmacher
à Dudelange et à Grevenmacher

OGB-L - CMB

tous les **mercredis** et **vendredis** de 14.30 à 17.00 hrs
FGTB - 16A, rue des Usines - B-6791 Athus
Tél.: (GSM) 0032 0477 26 88 89

Syndicat Bâtiment / Permanencias "Construção"

OGB-L ETTTELBRUCK 6, rue Prince Jean Tél. 81 90 01
le jeudi de 14.30 à 18.00 hrs (ou sur rendez-vous)
Quinta-Feira 14h30 - 18h00

OGB-L WILTZ 2, rue Michel Rodange Tél. 95 72 70
le mardi de 14.30 à 18.00 hrs (ou sur rendez-vous)
Terça-Feira 14h30 - 18h00